

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Regierungsbildung: Noch da, Frau Merkel? – Seite 4**
- **Niederlande: Elf Tote nach Brand im Abschiebeknast – Seite 7**
- **Stadthaushalt Stuttgart: „Alle müssen Anschluss halten können – Seite 13**
- **„IG Metall will zeitgemäße Tarifverträge“ – Seite 16**
- **Verfassungsschutz gegen Linkspartei und Pressefreiheit – Seite 18**

Ausgabe Nr. 22 am 7. November 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Bundesverwaltungsgericht hebt Verbot von „Özgür Politika“ auf

azadi, 20.10. alk. Das Leipziger Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat am 18. Oktober 2005 das von Bundesinnenminister Otto Schily am 5. September 2005 erlassene Verbot der prokurdischen, in der E. Xani Presse- und Verlags GmbH erschienenen Tageszeitung „Özgür Politika“, aufgehoben. Grundlage dieser Entscheidung war der von den Anwälten des Verlages eingereichte Eilantrag gegen die ministerielle Verbotsverfügung.

Auf Veranlassung des Bundesinnenministers wurden am 5. September 2005 in einer groß angelegten Polizeiaktion die Räume der in Neu-Isenburg ansässigen E. Xani Verlags GmbH, der Zeitung „Özgür Politika“, der Nachrichtenagentur Mezopotamia Haber Ajansi (MHA) bzw. der Welat-Verlags GmbH durchsucht, aufgelöst und verboten. Ferner durchsuchte die Polizei den Mezopotamien-Verlag in Köln und den MİR-Musikverlag in Düsseldorf sowie zahlreiche Wohnungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Institutionen. Hierbei beschlagnahmte die Polizei massenhaft Arbeitsmaterialien, Bücher, Kassetten, Zeitschriften und die Vermögen der betroffenen kurdischen Verlage. Laut Verfügung sollten keine „Ersatzorganisationen“ gebildet oder „bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen“ fortgeführt werden dürfen. Untersagt wurde ferner die weitere Verwendung von Kennzeichen, „insbesondere für das Logo der Zeitung „Özgür Politika“.

Begründet wurden die Verbotsmaßnahmen damit, dass diese kurdischen Einrichtungen „nachweislich in die Organisationsstruktur der PKK (heute Kongra Gel) eingebunden“ gewesen sein sollten; insbesondere sei die Zeitung „Özgür Politika“ als „Sprachrohr der PKK“ einzustufen, weil sie „Nachrichten und Propaganda“ verbreitet und „die Anhängerschaft mobilisiert“ habe.

Diese Einschätzung des Bundesinnenministers haben die Richter des Bundesverwaltungsgerichts offenbar nicht geteilt und insbesondere die angeordnete „sofortige Vollziehung“ der Verbotsverfügung für nicht rechtens erachtet.

Der Azadi Rechtshilfefonds begrüßt diese Entscheidung. Es zeigt sich nun, dass die Vermutung richtig war, Schily habe mit dem organisierten Angriff auf kurdische Einrichtungen kurz vor dem bevorstehenden Wahltermin noch einmal als innenpolitischer Hardliner in Erscheinung treten wollen. Als einer, der ohne Skrupel bereit ist, für derlei egoistische Machtinteressen das hohe Gut der Presse- und Informationsfreiheit zu

opfern und gleichzeitig den wochenlang zuvor betriebenen antikurdischen Kampagnen türkischer Zeitungen und Forderungen nach Verböten in Deutschland nachzukommen.

Der Rechtshilfefonds für Kurden Azadi fordert die sofortige Herausgabe sämtlicher beschlagnahmter Gegenstände, die Rückgabe der eingezogenen Vermögen, die sofortige Einstellung der eingeleiteten Ermittlungen, ein Ende der Kriminalisierungspolitik und die Legalisierung der politischen Betätigung für Kurdinnen und Kurden.

Föderalismusreform: Streit um Bildung, Geld und Beamtenrecht

Handelsblatt, 26.10. rül. Bei einem der Großvorhaben der geplanten großen Koalition, der Reform des Föderalismus, zeichnet sich schon vor Veröffentlichung der tatsächlichen Vorhaben erheblicher Konfliktstoff ab. Eine Arbeitsgruppe aus Union und SPD soll angeblich die (zum großen Teil bisher vertraulichen) Ergebnisse der 2004 gescheiterten Föderalismuskommission aktualisieren und ergänzen und dann Müntefering und Stoiber vorlegen, damit diese mit den Ministerpräsidenten der Länder noch Anfang November eine Vereinbarung erzielen können. Mehr Kompetenzen für die Länder auf der einen Seite, mehr Alleinentscheidungen durch den Bund auf der anderen Seite soll die Regel sein. Im Dezember 2004 war die Föderalismuskommission dennoch am Streit um die Forderung der Union nach mehr Länderhoheit in der Bildungspolitik gescheitert. Aus SPD-Kreisen und von den Gewerkschaften war diese Forderung als absurde Kleinstaaterei zurückgewiesen worden. Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der Schul- und Hochschulabschlüsse und der wissenschaftlichen Laufbahnen seien angesichts der Globalisierung und der dringend nötigen europäischen Angleichung des Bildungswesens unverzichtbar. Im Mai 2005 hatten dann Stoiber und Müntefering sich angeblich auch hier auf Eckpunkte geeinigt – worauf, blieb vertraulich. Ein mit der Reform verbundener Steuertausch – der Bund bekommt die Kfz-Steuer, die Länder die Versicherungssteuer – sei aber vom Tisch, hieß es, da die Versicherungssteuer schneller wachse als die Kfz-Steuer, wolle der Bund auf diese Quelle nicht verzichten. Diese mit der Änderung von Zuständigkeiten verbundene Finanzreform ist jetzt der zweite große Streitpunkt. SPD und Union haben nämlich im Bundesrat keineswegs die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Die FDP muss mit ins Boot. Und die verlangt nun, mit der Föderalismusreform müsse auch eine grundlegende Finanzreform verbunden werden, um auch hier

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

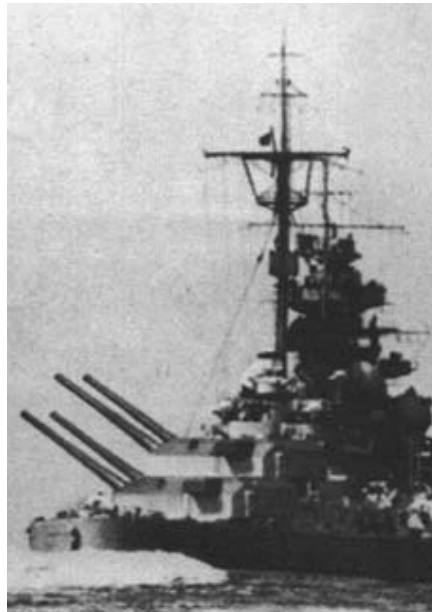
die Beziehungen zwischen Bund und Ländern neu zu ordnen. Das wollen einige der Ministerpräsidenten auch, vor allem die reichen Länder erwarten sich davon weniger Zahlungsverpflichtungen an ärmere Länder. Umgekehrt sperren sich vor allem die ost- und norddeutschen Ministerpräsidenten gegen diese Verklammerung von Kompetenzreform und Finanzreform. Dritter Knackpunkt ist das Beamtenrecht. Der Beamtenbund (DBB) hat angekündigt, bei einer Dezentralisierung des Beamtenrechts werde man die Zustimmung zu der mit Bundesinnenminister Schily vereinbarten einheitlichen Beamtenrechtsreform zurückziehen. Die von Schily mit verdi und DBB vereinbarte Reform, die u.a. andere Eingruppierungs- und Aufstiegsregeln enthält, sei dann hinfällig. Gegen die Dezentralisierung des Beamtenrechts stemmen sich auch die ostdeutschen Länder, die Befürchten, dass ihnen die reichen Länder dann mit höheren Besoldungsangeboten die jungen und gut ausgebildeten Beamten abwerben.

Streit um Wehrforschung am Max-Planck-Institut

FAZ, 31.10. *hav.* Eine Konferenz des Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik in Halle unter dem Titel: „NanoSecurity“, hat heftigen öffentlichen Streit ausgelöst. Unter Leitung des Direktors Ulrich Gösele, zeigte man dort wie man mit Hilfe der Nanotechnologie panzerbrechende Geschosse von unbekannter Durchschlagskraft herstellen kann. Auch die anderen angereisten Nanotechnologen stellten erstaunliche Projekte vor: neuartiges Pulver, das Informationen darüber abstrahlt, welche chemischen Kampfstoffe der Feind einsetzt; künstliche Haut, mit der Roboter Wände hochkrabbeln können; hochempfindliche Messinstrumente, die Bioterroristen überführen und medizinische Diagnosen erleichtern. Doch mit seiner Konferenz hat Gösele nicht nur Bilder von Panzern, sondern auch Unfrieden an das Max-Planck-Institut gebracht. Er wolle das Institut militarisieren, sagen seine Kritiker.

Den Direktor der zweiten Experimentalgruppe am Institut, Jürgen Kirschner, versetzen die Interessen seines Kollegen in Rage. „Wir kommen in ein völlig falsches Fahrwasser“, sagt Kirschner. Die Max-Planck-Gesellschaft mit ihren achtzig Instituten müsse sich grundsätzlich von allem fernhalten, was mit Wehr- und Sicherheitsforschung zu tun habe – vor allem wegen der dunklen Verwicklung ihrer Vorgängerorganisation, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in die Rüstungsforschung vor und während der beiden Weltkriege.

Er wolle nicht heute und damals gleichsetzen, aber die Geschichte dürfe nicht vergessen werden, sagt Kirschner.



„Wehr- und Sicherheitsforschung betreiben können die Fraunhofer-Institute oder die Bundeswehr, denen bleibt das unbenommen, aber für uns verbietet sich das“, sagt er. Um sein Ziel durchzusetzen, fährt er schweres Geschütz auf: „Fritz Haber sollte uns ein warnendes Beispiel sein.“ Haber entwickelte im Ersten Weltkrieg als Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie chemische Kampfstoffe, die in Belgien eingesetzt wurden.

Europa unterstellt Amerika Taktieren im Welthandel

FAZ, 31.10. *hav.* Nach den ablehnenden Reaktionen auf ihr jüngstes Angebot im WTO-Agrarstreit hat die Europäische Union die Redlichkeit ihrer Verhandlungspartner in Frage gestellt. „Wenn die Amerikaner an ihrer Position festhalten sollten, müsste man sich über ihre Absichten Gedanken machen“, sagte der Sprecher des EU-Handelskommissariats, Peter Power. Die Gegenvorschläge der Vereinigten Staaten seien „überhaupt nicht realistisch“. Möglicherweise handle es sich um eine Taktik, um sich aus den Verhandlungen zurückzuziehen. Das Nein aus Kanada und Australien nannte Power „ein wenig voreilig“. „Wir raten ihnen, unser Angebot genau zu prüfen und sich zu Verhandlungen an den Tisch zu setzen.“ Die EU hatte vergangene Woche versucht, Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen bei der Welthandelsorganisation (WTO) zu bringen. Die EU-Kommission schlug vor, die Agrarzölle für Einfuhren in die EU deutlicher abzusenken: Die höchsten Zölle sollen um 60 Prozent beschnitten werden, die niedrigeren zwischen 35 und 60 Prozent. Die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien reagierten „enttäuscht“ auf diesen Vorstoß. Washington sprach zwar von einem „Schritt in die richtige Richtung“. Aber

es müsse noch sehr viel mehr getan werden. Unterdessen haben die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) die WTO-Mitglieder zu einer Einigung aufgerufen. Die Möglichkeit, Millionen von Menschen in den Entwicklungsländern zu helfen, könne in den kommenden Tagen vertan werden, wenn die entscheidenden Regierungen sich nicht gegen Interessengruppen durchsetzen, erklärten Weltbankdirektor Paul Wolfowitz und IWF-Chef Rodrigo de Rato. Die Schlüsselpartner müssten sich beweglich zeigen, „um das ehrgeizige Ergebnis zu erreichen, das die Welt erwartet und braucht“.

Ständiges Streben nach ständigem Sitz

FAZ, 20./21. Oktober. *maf.* Am 20. Oktober berichtet die FAZ über Positionen des designierten Außenministers einer großen Koalition Steinmeier unter anderem, dass gewisse Differenzen zu den Unionsparteien durch den Zeitablauf gegenstandslos geworden sein. Dies gelte etwa für die kontrovers diskutierte Frage, ob Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beanspruchen solle, sie sei vorerst durch die Verschiebung der UN-Reform obsolet. Tags drauf betont Professor Gregor Schöllgen in derselben Zeitung, die Außenpolitik einer großen Koalitionsregierung werde so wie bereits bei der Amtsübernahme seinerzeit durch Rot-Grün von Kontinuität geprägt sein. Dies gelte für die Europapolitik und die transatlantischen Beziehungen ebenso wie für die Auslandseinsätze der Bundeswehr oder auch für den deutschen Wunsch nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Schöllgen lehrt neuere Geschichte in Erlangen und ist Mitherausgeber der Berliner Willy-Brandt-Ausgabe.

Noch da, Frau Merkel?

Über den Schwierigkeiten, die bei der Bildung der großen Koalition auftreten wird leicht übersehen, dass die Kanzleraspirantin zwar steigenden Risiken ausgesetzt ist, aber ihre Position im Vergleich zu Müntefering oder gar zu Stoiber gefestigt ist. Manches spricht dafür, dass die scharfen finanziellen Zwänge dazu führen, dass die politischen Institutionen, deren Zusammenspiel das System trägt, ihre spezifische Rolle schärfer ausprägen. Regierung, Fraktionen, Parteien, Wählerschaft; Bund, Länder, Gemeinden – Interessenkonflikte, wohin man schaut.

Der Abgang Münteferings kam unerwartet. Der darauf folgende Rückzug Stoibers ist definitiv. Zu Beginn der Verhandlungen war beabsichtigt gewesen, die Vorsitzenden der beteiligten Parteien in der Regierung zu haben. Diese Konstruktion ist bereits in den Verhandlungen über den Koalitionsvertrag zerbröckelt. Kommt es dennoch zu einer großen Koalition? In diesem Falle würden die Parteitage der CSU mit ihrem Vorsitzenden Stoiber und der SPD mit einem neuen Vorsitzenden Platzeck größere Bewegungsfreiheit gegenüber der Regierungstätigkeit genießen. Umgekehrt entstünde eine enge Bindung gerade der CDU an ihre Vorsitzende und

Kanzlerin. Sie könnte bei Parteitag und ähnlichen Anlässen abgestraft oder hochgejubelt werden. Frau Merkel stünde unter Kontrolle der CDU, sie hätte der Partei gegenüber kaum noch Spielraum.

Entstanden ist diese bizarre Situation durch Entscheidungen im Bundesvorstand der SPD. Daraus sollte man schließen, dass die führenden Funktionäre der Partei mehr Spielraum gegenüber der Regierungspolitik verschaffen wollten. Dann war es logisch, Müntefering scheitern zu lassen. Das sagt aber nichts über die Motive.

Wenn sich in den Beratungen über den Haushalt ergeben hat, dass die Maßnahmen, die zur Konsolidierung des Haushaltes nötig sind, insbesondere auf dem SPD-Parteitag nicht mehrheitsfähig sind und die CSU zerrütten, so würde das die Distanzbildung zwischen Regierung und Parteien erklären. Es bliebe dann nur noch zu klären, ob auch die CDU eine solche Distanzbildung nötig hat, d.h. Frau Merkel nicht mehr nötig hat.

Während die Verhältnisse zwischen den Parteien und der in Bildung begriffenen Regierung schillernd wechseln, herrscht über den Inhalt der Verhandlungen über den Koalitionsvertrag be-

redetes Schweigen. Trotzdem darf nicht unterschätzt werden, welche Wucht entsteht, wenn Union und SPD gemeinsam Faktenlagen feststellen. Wenn der designierte Finanzminister Steinbrück davon berichtet, dass man es sowohl mit einer Ausgabenkrise zu tun habe wie auch mit einer Einnahmenkrise, dann heißt das, dass neben drastischen Steuererhöhungen drastische Ausgabenkürzungen vorzunehmen sind.

Die Ausgabenkürzungen werden nicht in den traditionellen Kernbereichen staatlichen Handelns geplant, der Verteidigungshaushalt und die Kosten für die innere Sicherheit stellen keinen Streitpunkt dar. Es geht um die Zuschüsse, die aus dem Steueraufkommen in die Sozialeinkommen fließen, Arbeitslosigkeit, Rente, Gesundheitswesen sind dran.

Mit Blick auf die Arbeitslosigkeit hat der scheidende Minister Clement völlig die Balance verloren, er geht zur Beschimpfung der Leidtragenden seiner Politik über.

Die öffentliche Diskussion der Fakten ergibt indessen, dass der Unterhalt der industriellen Reservearmee kaum billiger zu leisten ist.

Die sozialen Kosten, die weiterer Raubbau an menschlicher Arbeitskraft und Lebenschancen hervortreiben würde, wären viel größer, ganz zu schweigen von dem moralischen Verschleiß des Staatswesens, der durch Beraubung der Armen entsteht.

Trotz der Haushaltsklemme ist deswegen von einer Anhebung der ALG II Zahlungen Ost um 14 Euro auf Westniveau die Rede. Das kostet nicht viel (220 Millionen in der Summe, die zudem an anderer Stelle beim ALG II gekürzt werden sollen) und spart viel Ärger.

Woher also nehmen?

Im Gespräch ist die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, d.h. konkret die Verkürzung der Anspruchszeit für den Rentenbezug. Hier ist viel Geld zu holen, hier gäbe es Ersparnisse, die abgebaut werden könnten. Und vor allem: Wenn eine solche Politik durch die beiden großen Parteien getragen wird, können die Renterinnen und Rentner gar nichts dagegen tun. Sie, die sonst in relevanten Prozentsätzen von einer der Volksparteien zur anderen wechseln könnten, müssten auf die Intervention kleiner Parteien setzen. Das wäre immer mit strategischer Ungewissheit verbunden. Mithin sind die Rentnerinnen und Rentner das geborene Opfer einer großen Koalition.

Eine solche Politik wird aber die SPD mit ihrer spezifischen Wählerschaft härter treffen als die Union und innerhalb der Union die CSU härter als die CDU.

Die SPD hat in ihrer Wählerschaft viel mehr Menschen, die niedrigere Renten haben und weniger zuzusetzen. Außer-

Hartz IV nicht teurer als altes System

Wirtschaftsminister Clement ist mit der Behauptung von 20 Prozent „Sozialparasiten“, die die Kosten für Hartz IV in die Höhe getrieben hätten, nicht nur sprachlich aufgefallen. Die Behauptung stimmt zweifach nicht.

Erstens gibt es seit langem Zahlen, wie hoch der Prozentsatz von Betrug und Ausnutzen bei der Sozialhilfe war: er lag im „Ein- bis Zwei-Prozentbereich.“

Aber auch die Behauptung vonasant gestiegenen Kosten ist nicht richtig. Im System von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe wurden 2004 insgesamt 27,6 Milliarden Euro an Leistungen gezahlt. In diesem Jahr werden voraussichtlich 26 Milliarden Euro ALG II gezahlt werden, dazu kommen noch ca. 0,5 Milliarden Euro, die als Sozialgeld an nicht Arbeitsfähige gehen. In beiden Jahren sind Fördermaßnahmen wie Ein-Euro-Jobs oder früher diverse ABM-Maßnahmen nicht enthalten. Beim Bund sind also die Kosten erst einmal in etwa gleich hoch geblieben.

Was teurer geworden ist, sind die

Kosten für Unterkunft, die von den Kommunen an die ALG II-Bezieher ausgezahlt werden. Voraussichtlich werden die in diesem Jahr 12 Milliarden Euro betragen. Die Wohngeldzahlungen im früheren System betrugen etwa 5 Milliarden Euro. Die Differenz rührt daher, dass früher ein Arbeitslosenhilfebezieher aufstockend Wohngeld nur dann bekam, wenn sein Einkommen unter bestimmten Grenzen lag. Jetzt erhält jede ALG-II-Bedarfsgemeinschaft die vollen Kosten für Miete, Heizung usw. ersetzt. Dass hier die Kosten steigen, liegt also nicht daran, dass sich Paare trennen oder junge Leute bei den Eltern ausziehen, sondern war gewollt, um die Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau absenken zu können.

Die Bundesregierung hatte bei der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe („Fördern) kombiniert mit dem „Fordern“ im Auge, dass eine anspringende Konjunktur eine größere Zahl aus der Reservearmee in Arbeit bringen würde. Nur diese Spekulation ist nicht aufgegangen; die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist vielmehr gestiegen.

Öffentlicher Gesamthaushalt der BRD 2003 und 2004 einschließlich Bund, Sozialversicherungen, Länder und Gemeinden

	Einnahmen		Ausgaben		Saldo*		Schuldenstand**	
	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004
	Mill. EUR	Mill. EUR	Mill. EUR	Mill. EUR	Mill. EUR	Mill. EUR	Mill. EUR	Mill. EUR
Öffentlicher Gesamthaushalt (1)	925.354	924.867	1.001.066	990.103	-75.552	-65.131	1.325.733	1.394.954
Bund	241.532	233.802	280.706	273.562	-39.231	-39.800	760.453	802.994
Sondervermögen des Bundes	27.778	17.543	17.860	15.872	9.917	1.671	58.830	57.250
EU-Anteile	20.336	18.977	20.336	18.977	–	–	–	–
Sozialversicherung	466.206	467.964	472.473	466.134	-6.029	2.057	–	–
Länder	226.962	230.779	258.592	255.941	-31.669	-25.220	414.952	442.922
Gemeinden/Gv.	141.349	145.339	149.905	149.154	-8.540	-3.838	91.498	91.788

(1) Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik, bereinigt um Zahlungen der öffentlichen Haushalte untereinander, daher nicht addierbar.

* Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen einschl. interner Verrechnungen (= Finanzierungsdefizit; + = Finanzierungsüberschuss); nicht identisch mit dem Staatsdefizit nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

** Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (= Wertpapierschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und in-/ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen).

Entwicklung der Ausgaben nach ausgewählten Aufgabenbereichen*) EUR je Einwohner und in % der jeweiligen Gesamtausgaben

Jahr	Ins- gesamt	Verteidigung	Sicherheit und Ordnung, Recht		Hochschulen, Bildung		Forschung, Entwicklung		Kultur, Kirchen		Soziale Sicherung		Gesundheit, Umwelt, Sport		Wohnungen, Städtebau1)		Wirtschafts- förderung2)		Verkehr und Nachrichten		
Früheres Bundesgebiet																					
1950	291	49	16,8%	12	4,1%	20	6,9%	1	0,3%	3	1,0%	73	25,1%	11	3,8%	32	11,0%	20	6,9%	13	4,5%
1955	507	60	11,8%	23	4,5%	41	8,1%	2	0,4%	6	1,2%	135	26,6%	19	3,7%	52	10,3%	29	5,7%	30	5,9%
1960	603	79	13,1%	24	4,0%	52	8,6%	5	0,8%	7	1,2%	144	23,9%	24	4,0%	58	9,6%	43	7,1%	43	7,1%
1970	1.632	165	10,1%	65	4,0%	206	12,6%	24	1,5%	18	1,1%	335	20,5%	85	5,2%	89	5,5%	120	7,4%	146	8,9%
1975	4.360	267	6,1%	126	2,9%	448	10,3%	49	1,1%	25	0,6%	2.057	47,2%	182	4,2%	159	3,6%	144	3,3%	196	4,5%
1976	4.654	280	6,0%	133	2,9%	461	9,9%	50	1,1%	27	0,6%	2.226	47,8%	196	4,2%	183	3,9%	148	3,2%	192	4,1%
1978	5.312	306	5,8%	156	2,9%	517	9,7%	64	1,2%	33	0,6%	2.493	46,9%	220	4,1%	201	3,8%	208	3,9%	224	4,2%
1980	6.160	340	5,5%	185	3,0%	613	10,0%	81	1,3%	42	0,7%	2.819	45,8%	273	4,4%	259	4,2%	242	3,9%	260	4,2%
1982	6.872	382	5,6%	200	2,9%	651	9,5%	95	1,4%	46	0,7%	3.232	47,0%	292	4,2%	261	3,8%	207	3,0%	238	3,5%
1984	7.327	414	5,7%	213	2,9%	656	9,0%	97	1,3%	50	0,7%	3.451	47,1%	310	4,2%	271	3,7%	260	3,5%	232	3,2%
1986	7.887	436	5,5%	232	2,9%	708	9,0%	105	1,3%	60	0,8%	3.715	47,1%	342	4,3%	304	3,9%	279	3,5%	245	3,1%
1988	8.501	442	5,2%	251	3,0%	746	8,8%	100	1,2%	66	0,8%	4.085	48,1%	359	4,2%	308	3,6%	331	3,9%	250	2,9%
1989	8.687	449	5,2%	257	3,0%	766	8,8%	99	1,1%	70	0,8%	4.145	47,7%	379	4,4%	318	3,7%	346	4,0%	252	2,9%
1990	9.255	446	4,8%	268	2,9%	799	8,6%	102	1,1%	73	0,8%	4.357	47,1%	397	4,3%	346	3,7%	361	3,9%	262	2,8%
Gesamtdeutschland																					
1992	10.272	347	3,4%	285	2,8%	922	9,0%	105	1,0%	90	0,9%	5.000	48,7%	459	4,5%	399	3,9%	440	4,3%	303	2,9%
1993	10.667	322	3,0%	304	2,8%	983	9,2%	108	1,0%	90	0,8%	5.294	49,6%	473	4,4%	389	3,6%	456	4,3%	289	2,7%
1994	11.170	304	2,7%	314	2,8%	1.000	9,0%	104	0,9%	91	0,8%	5.568	49,8%	481	4,3%	407	3,6%	432	3,9%	293	2,6%
1995	11.643	299	2,6%	330	2,8%	1.040	8,9%	105	0,9%	94	0,8%	5.883	50,5%	501	4,3%	405	3,5%	446	3,8%	292	2,5%
1996	11.755	295	2,5%	335	2,8%	1.057	9,0%	109	0,9%	95	0,8%	6.009	51,1%	495	4,2%	383	3,3%	473	4,0%	292	2,5%
1997	11.714	287	2,5%	339	2,9%	1.062	9,1%	105	0,9%	91	0,8%	6.001	51,2%	483	4,1%	371	3,2%	473	4,0%	270	2,3%
1997 ₃)	11.233	287	2,6%	339	3,0%	962	8,6%	105	0,9%	91	0,8%	5.934	52,8%	170	1,5%	371	3,3%	473	4,2%	270	2,4%
1998 ₃)	11.371	291	2,6%	348	3,1%	966	8,5%	107	0,9%	93	0,8%	6.037	53,1%	172	1,5%	351	3,1%	466	4,1%	268	2,4%
1999 ₃)	11.589	297	2,6%	358	3,1%	982	8,5%	107	0,9%	96	0,8%	6.162	53,2%	170	1,5%	341	2,9%	454	3,9%	273	2,4%
2000 ₃)	11.691	281	2,4%	365	3,1%	1.001	8,6%	111	0,9%	99	0,8%	6.244	53,4%	175	1,5%	332	2,8%	454	3,9%	275	2,4%
2001 ₃)	11.848	294	2,5%	375	3,2%	1.018	8,6%	117	1,0%	100	0,8%	6.343	53,5%	181	1,5%	312	2,6%	415	3,5%	279	2,4%
2002 _{3/4})	12.036	297	2,5%	389	3,2%	933	7,8%	114	0,9%	103	0,9%	6.734	55,9%	187	1,6%	302	2,5%	340	2,8%	278	2,3%

*) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen (ab 1962), Fonds "Deutsche Einheit" (ab 1990), Kreditabwicklungsfonds (1991-1994), Erblastentilgungsfonds (ab 1995), Bundesseisenbahnvermögen (ab 1994), Entschädigungsfonds (ab 1995), Ausgleichsfonds "Steinkohle" (1996-2000), Versorgungsrücklage (ab 1999), Länder und Gemeinden/Gv. (ab 1961 einschl. des Saarlandes); ab 1974 einschl. Sozialversicherungsträgern, Bundesanstalt für Arbeit, Zusatzversorgungskassen, kommunaler Zweckverbände, Finanzanteilen der Bundesrepublik Deutschland an der Europäischen Union sowie Ausgaben der Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen (bis 1997). -1960 Rumpfrechnungsjahr (1.4 - 31.12.1960). 1) Einschl. kommunaler Gemeinschaftsdienste. 2) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen. 3) Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen sowie ohne Zusatzversorgungskassen der Sozialversicherung. 4) Vergleich zu den Vorjahren teilweise eingeschränkt durch neue Haushaltssystematik ab 2002. Quelle: Statistisches Bundesamt

dem freuen sich von den gewerblichen Arbeitskräften viele auf die Zeit der Rente, sie hoffen einiges von den Versagungen entfremdeten Arbeitsleben in der verbleibenden Zeit wettmachen zu können, das geht natürlich nur, wenn die Rente auskömmlich ist.

Auch die CSU mit ihrer breit angelegten Einflussbereich hat viele solche Wählerinnen und Wähler, hinzu kommt die Fortdauer konservativ christlichen Denkens, die gebietet Vater und Mutter zu ehren, was offenbar nicht durch Knapsen und Kürzen der Altersversorgung geschehen kann.

Auf der Seite der Steuererhöhungen entsteht hingegen nicht nur das Problem des Unmutes der Betroffenen, auf diesem Wege kann auch das bisschen Wirtschaftswachstum kaputt gehen, das gegenwärtig verzeichnet wird. Diese Frage ist außerordentlich heikel. Es wird auf eine expe-

Zu den Tabellen: Dargestellt sind jeweils die öffentlichen Gesamthaushalte, also die Finanzen von Bund, Ländern, Gemeinden sowie Sozialversicherungen. Die Zahlen für 2003 und 2004 (Tabelle ganz oben) zeigen, dass insbesondere beim Bund und den Ländern die Ausgaben die Einnahmen erheblich überschreiten und die Schulden weiter steigen. Bei den Ländern sind es vor allem Personalkosten (Lehrer, Polizei, Pensionen), während beim Bund der größte Brocken der Sozialhaushalt ausmacht. Innerhalb des Sozialhaushalts ist wiederum der Ausgabeposten Renten der umfangreichste. Aus der Entwicklung der Ausgabenstruktur (Tabelle oben) ist ersichtlich, dass die Ausgaben für Bildung und Hochschulen im Vergleich zu den 70er und 80er Jahre stark zurückgegangen sind, was bei Ökonomen als Gefährdung künftiger Wirtschaftskraft angesehen wird. Die Tabelle links zeigt, dass die Hoffnungen der Schröder-Regierungen auf schuldenfreie Haushalte nicht grundlos waren. Im Jahr 2000 war das Finanzierungssaldo positiv, die Nettokreditaufnahme sehr niedrig. In dieser Situation wurden auch die Steuern gesenkt. Allerdings führte die Wirtschaftskrise danach zu sinkenden Staatseinnahmen und höheren Ausgaben.

Entwicklung der öffentlichen Finanzen

- Mill. EUR -

Jahr	Bereinigte Ausgaben	Bereinigte Einnahmen	Finanzierungs-saldo (1)	Nettokreditaufnahme
1950	14.388	13.520	-868	310
1955	26.196	27.506	1.314	690
1965	71.878	66.625	-5.253	4.003
1970	100.382	96.279	-4.081	3.222
1975	269.574	235.558	-33.961	27.731
1980	379.188	352.796	-26.505	27.659
1985	463.807	444.788	-18.871	20.738
1990	585.228	557.977	-27.147	37.120
1991 (5)	721.855	667.840	-53.902	58.663
1992	827.636	765.032	-62.618	55.414
1993	866.052	797.472	-68.206	67.809
1994	909.381	850.885	-58.670	46.426
1995	950.523	889.492	-60.931	48.970
1996	962.546	894.310	-68.017	56.855
1997 (2)	961.220	916.520	-45.076	50.987
1997 (3)	921.798	876.581	-45.567	50.848
1998	932.704	906.549	-25.981	32.705
1999	951.294	929.935	-21.963	31.747
2000	960.788	979.322	18.552	19.763
2001	975.465	925.600	-49.768	6.532
2002	992.688	928.720	-64.269	51.745
2003 (4)	1.001.066	925.354	-75.552	62.907
2004 (4)	990.103	924.867	-65.131	61.713

1 Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen einschl. interner Verrechnungen

2,3 Bis 1997 2 einschl., ab 1997 3 ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen und ohne Zusatzversorgungskassen.

4 Vorläufige Ergebnisse (Kassenstatistik - ohne kommunale Zweckverbände).

5 Ab 1991 nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990



rimentelle Lösung hinauslaufen. Wenn es so kommt, dann müssen die beteiligten Haushälter sehen, wo sie bleiben. Es kommt zu harten Interessenkonflikten zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden. Eine solche Konstellation zeichnet sich ab, und das erklärt, wieso die Länder, geführt durch ihre Ministerpräsidenten, eine starke Position gegenüber der kommenden Bundesregierung aufzubauen suchen.

Kommt es zu einer anderen Koalitionsbildung oder gar zu Neuwahlen?

Im Bildungsbürgertum gibt es eine starke Strömung, die eine Koalition von schwarz-grün begründet. So häufen sich z.B. in der Frankfurter Allgemeinen die Artikel, die begründen, wie schwarz / grün Bewahren und Erneuern ausbalancieren könnte. Gerade der avantgardistische Anspruch der Grünen, das von ihnen besessene ökologische Vorauswissen wird zum Aufhänger für die Gedankenwelt von Privileg & Führungsanspruch. Aber was ideologisch so vorzüglich zu passen scheint, passt faktisch nicht. Die BRD-Grünen können die Absage an die Atomkraft nicht aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben. Da es aber weltweit nicht gelungen ist, die Abkehr von der Atomkraftquelle durchzusetzen, queren sich in diesem Punkte die

Ideologien. Der moderne bürgerliche Sachverstand kann nicht einsehen, was ein Verzicht auf Atomkraft exklusiv in der BRD bringen soll, der ökologische Sachverstand kann auf die Vorwegnahme des in seinem Sinne richtigen Handelns nicht verzichten. Zur Lösung dieser Frage gibt er gerade von den Grünen aus gesehen nur einen Weg: Eine Regierung, der sie nicht angehören, muss den Ausstieg aus dem Ausstieg anfangen, und dem muss eine gesellschaftliche Auseinandersetzung folgen, die dann neue Fakten schafft. Sollte sich herausstellen, dass eine breite Widerstandsbewegung gegen eine derartige Regierungspolitik nicht auf die Füße kommt, hat man eine neue Lage. Eine Koalitionsbildung mit den Grünen wäre zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur möglich, wenn Union und FDP die von Rot-Grün zaghaft begonnene Ächtung der Kernkraft durch eigenen Entschluss festzurren würden. Das ist nicht zu erwarten.

Neuwahlen ?

Von Neuwahlen ist vermehrt die Rede. Es ist aber wohl so, dass sich durch ein Wahlergebnis an den Problemen, die jetzt die Regierungsbildung so schwer machen, nicht viel ändern würde, jedenfalls nicht zum Guten. Es lohnt sich

auch zu überlegen, ob die gerade frisch gebackenen Parlamentarier dergleichen wollen können. Aus diesem Blickwinkel wahrscheinlich ist es, dass eine satte Parlamentsmehrheit versuchen wird, eine Regierungsprogramm aufzustellen, das immerhin zu Fortschritten bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen und – Hoffnung ist ein Prinzip – zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Daten führen könnte. Die jetzt gewählten Abgeordneten werden wohl eher eine, wie sie hoffen können, vorübergehende Verstimmung der Beziehungen zu ihren Parteien hinnehmen. Neuwahlen müssten thematisch begründet werden. Etwa wenn in den Koalitionsverhandlungen ein Konflikt aufträte, an dem sich die Geister scheiden, an dem verschiedene Handlungsmöglichkeiten vorliegen. Was soll das sein?

In Wahrheit sind die verhandlungsführenden Parteien bereits so weit gegangen, dass sie kaum noch auseinander kommen können.

Die Optionen der Kleinen

Die Grünen haben bereits angekündigt, dass sie gegen die von ihnen erwartete Laufzeitverlängerung bei den Kernkraftwerken mobilisieren wollen. (siehe Dokument)

Kuhn, Grüne zur Oppositionspolitik

„Dann sehen wir uns auf dem Acker“

Interview mit Fritz Kuhn, Fraktionsvorsitzender von B90/Grüne im Bundestag aus: Die Welt vom 29.10.2005

Die Welt: Herr Kuhn, ausgerechnet als kleinste Fraktion streben die Grünen die Meinungsführerschaft in der Opposition an. Wie soll das gelingen?

Fritz Kuhn: Indem wir Unerledigtes der Regierung, aber auch die Widersprüche der anderen Oppositionsfraktionen thematisieren. Wir besetzen Zukunftsthemen wie Ökologie, Generationen- und Globalisierungsgerechtigkeit, um die sich die anderen herumdrücken. Die Linkspartei beispielsweise verdrängt die Fragen der Globalisierung völlig und ignoriert die Altersproblematik bei den sozialen Sicherungssystemen.

Die Welt: Besteht nicht die Gefahr, dass die Grünen zwischen FDP und Linkspartei kaum noch wahrgenommen werden?

Kuhn: Die beste Oppositionsarbeit zu machen ist keine Frage der Größe. FDP und Linkspartei haben nur auf den ersten Blick die einfacheren Antworten. Die FDP kann immer mehr Deregulierung fordern, die Linkspartei mehr Umverteilung. Wir verbinden soziale

Gerechtigkeit und wirtschaftliche Effizienz. Damit sind wir komplexer, aber auch interessanter.

Die Welt: Welche Rolle soll Joschka Fischer künftig in der Fraktion spielen?

Kuhn: Er wird seine Rolle selbst definieren. Ich hoffe, dass er uns als jemand, der über politische Grundrichtungen nachdenkt und Impulse in der Außenpolitik gibt, zur Verfügung steht.

Die Welt: Wenn die große Koalition steht, wird der Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon ranghöchster grüner Regierungspolitiker sein. Wurmt Sie das?

Kuhn: Es freut mich für Dieter Salomon, aber es ärgert mich auch. Natürlich wollen wir in den Ländern und im Bund, sobald das möglich ist, wieder Verantwortung übernehmen. Das schaffen wir aber nicht mit einer Politik, mit der wir uns an die Union oder die Linkspartei heranschnusen. Die Union hat immer noch nicht erkannt, dass sie gerade in den großstädtischen Milieus ein gravierendes Modernitätsdefizit hat. In der Umwelt-, Kinder- oder Gesellschaftspolitik vertritt sie Standpunkte, die nicht mehrheitsfähig sind. Auch der Verteilungsillusionismus der Linkspartei hat keine Zukunft.

Die Welt: Das neue Motto der Grünen-Spitze lautet Inhalte vor Macht. Das ist ja ehrenhaft – aber braucht nicht selbst grüne Politik eine Machtperspektive?

Kuhn: Wer viel verändern will, muss

sich selbstverständlich über Machtoptionen Gedanken machen. Unsere inhaltliche Grundaufstellung muss aber die Machtperspektive definieren, nicht umgekehrt. Ökologie, Weg vom Öl, die Wahrung der Menschenrechte sind für uns wichtige Eckpfeiler. Wir werden nicht aus dem rot-grünen Lager hopp-ladihopp in ein anderes Lager wechseln. Inhaltliche Konfrontation mit den anderen Parteien ist der beste Weg zu künftigen Machtoptionen.

Die Welt: Müssen sich die Grünen nicht entscheiden, prinzipiell entweder mit der Union oder der Linkspartei koalitionsfähig zu sein?

Kuhn: Wer als Bündnispartner in Frage kommt, werden wir rechtzeitig zu entscheiden haben. Ich bleibe dabei: Das ist vor allem eine Frage der inhaltlichen Substanz und hängt auch maßgeblich davon ab, wie die anderen sich entwickeln.

Die Welt: Der Stuttgarter Grünen-Fraktionschef Winfried Kretschmann meint, die Grünen müssten ihren Abwehrreflex gegenüber der CDU überwinden.

Kuhn: Wir müssen gegenüber niemandem eine Scheu haben, sondern die knallharte inhaltliche Auseinandersetzung suchen. Da machen wir keinen Unterschied zwischen Union oder SPD, FDP oder Linkspartei.

Die Welt: Müssen die Grünen nicht ein Stück weit auf die Union zugehen?

Die FDP hingegen spielt mit Angeboten an die Grünen in Richtung der berühmten Jamaika-Koalition Schwarz-Gelb-Grün.

Die Linkspartei wiederum hat in der Politik seltene Möglichkeit durch gute Öffentlichkeitsarbeit etwas zu erreichen. Von ihr wird erwartet sich für soziale Belange einzusetzen, und genau auf diesem Punkte sind auch die Parteien einer großen Koalition empfindlich. Allerdings muss die Linkspartei ihre Kritiken mit Ansätzen konstruktiver Reform verbinden, weil sie sonst in den Ländern und in den Gemeinden nicht fest Fuß fassen kann.

Die gegenwärtige Verhandlungskrise kann sich hin zu Neuwahlen entwickeln mit dem Ziel, die sogenannten klaren Verhältnisse zu schaffen. Aber verhalten sich die Akteure so? Viel eher scheint es so zu laufen, dass verschiedenen Funktionen von Regierung, Fraktionen, Parteien, von Bund, Ländern und Gemeinden, von Wirtschaft und Gewerkschaftsbewegung etwas schärfer hervortreten. Darin liegt auch eine Chance, besonders in einem Land, das im Falle von Schwierigkeiten sein Heil im Überparteilichen sucht, in einer Gedankenwelt, in der sich nach dem Muster ein Volk – ein Reich – ein Führer Differenzen auslöschen.

alk, maf



Hinter den Dunstwolken seines offensichtlichen Versagens verborgen, hat Stoiber Dinge geleistet, die vorher für schwierig, fast unmöglich gehalten wurden. So hinterlässt er den CSU-„Sozialrebell“ Seehofer in ein künftiges Kabinett Merkel eingebunden, man möchte sagen, eingekerkert. Seehofer wird es künftig obliegen, Akte sozialer Demontage per Kabinettsdisziplin vor CSU-Parteitag zu rechtefertigen. Stoiber oder auch ein anderer CSUler können ihn landesväterlich christlich mahnen. Zweitens hat sich Stoibers Position in dem Streit um die Föderalismus-Reform durchgesetzt. Kommt es zur großen Koalition, werden die Hochschulen Ländersache. Das wäre eine strategisch fette Beute für den bayerischen Konservatismus in Wirtschaft und Gesellschaft. So dürfte die Politik der CSU in den nächsten Monaten von dem Bestreben geprägt sein, die große Koalition wahr und wirksam zu machen. Sie hätte bereits jetzt schon an einem Scheitern etwas zu verlieren. Glos wird in den Verhandlungen und in einem künftigen Kabinett eine ganze Zeitlang fest zu Frau Merkel stehen.

Kuhn: Wer sich wie wir nach 16 Jahren in der Situation wiederfindet, weder im Bund noch im Land an einer Regierung beteiligt zu sein, muss natürlich eine strategische Neuorientierung beginnen. Wir müssen besser werden, zum Beispiel in der Wirtschafts- und Steuerpolitik – aber nicht, um uns an die Union heranzuschleimen.

Die Welt: Wie bewerten Sie die bisherigen Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD?

Kuhn: Beide große Parteien haben sich zunächst in einem wilden Geschacher über die Posten verständigt und merken jetzt, dass die Inhalte irgendwie auch wichtig sind. Ich habe den Eindruck, da wird nach dem Prinzip „Tust du mir nichts, tu ich dir nichts“ verfahren. Eine gemeinsame programmatische Grundvorstellung für Deutschland kann ich bisher nicht erkennen.

Die Welt: Union, Industrie und Gewerkschaften wollen die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern ...

Kuhn: Das ist der bare energiepolitische Unverstand. Peinlich, dass ver.di-Chef Bsirske in diesem Bund der Ewiggestrigen mittunnt. Der Wiedereinstieg in die Atomwirtschaft würde unsere Chancen, mit neuen Energiesystemen weltweit gutes Geld zu verdienen, konterkarieren. Zudem würden Hunderttausende Jobs, die durch die Modernisierung der Energiewirtschaft entste-

hen, wegfallen. Die Kernenergie ist umwelt-, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich nicht verantwortlich. Der Atomkonsens darf deshalb nicht zur Disposition gestellt werden. Ansonsten werden wir Grüne entsprechend reagieren: Wir können uns auch auf dem Acker wieder sehen. Wenn nötig, werden wir den notwendigen gesellschaftlichen Protest mobilisieren.

Die Welt: Was erwarten Sie im Atomstreit von der SPD?

Kuhn: Wenn die SPD die letzten sieben Jahre nicht dementieren will, dann darf sie das nicht mitmachen. Es gibt Hunderte von redensfähigen SPDlern, inklusive des Kanzlers, in denen der Atomausstieg als positives rotgrünes Projekt gefeiert wurde.

Die Welt: Am Ende der Koalitionsverhandlungen könnte eine Erhöhung der Mehrwertsteuer stehen.

Kuhn: Wenn die SPD jetzt die Erhöhung der Mehrwertsteuer mitträgt, die sie im Wahlkampf als „Merkel-Steuer“ bekämpft hat, dann ist das Wahlbetrug pur. Es wäre auch wirtschaftspolitisch blanker Unsinn, weil die Konjunktur dadurch abgewürgt würde. Statt dessen müssen Steuerbetrug und Schwarzarbeit stärker bekämpft werden. Allein bei der Umsatzsteuer haben wir durch Missbrauch und Betrügereien einen jährlichen Schaden in Höhe von 20 Milliarden Euro.

Das Interview führte Carsten Fiedler.

Niederlande

Elf Tote nach Brand in Abschiebeknast

Elf Menschen kamen ums Leben, als auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag, den 27. Oktober, in einem Abschiebeknast ein Feuer ausbrach. Das Feuer war kurz nach Mitternacht ausgebrochen. Ein automatischer Brandmelder alarmierte die Sicherheitskräfte. Als diese jedoch eintrafen, waren bereits elf Menschen tot. 15 weitere wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Inhaftierte beklagten gegenüber Journalisten, das Wachpersonal habe die Zellen der Inhaftierten viel zu spät geöffnet. „Wir hatten schon Probleme mit dem Atmen, aber sie sagten, es sei nichts passiert“, schilderte einer der Gefangenen, die überlebten. „Uns schmerzten schon die Kehlen, aber sie sagten, es sei nichts.“ Häftlinge seien in Panik geraten und hätten gegen die Zellentüren getreten, ohne dass etwas geschah.



In dem Zellenkomplex auf dem Amsterdamer Flughafen sind derzeit etwa 350 Menschen inhaftiert, vor allem angebliche Drogenschmuggler und Abschiebehäftlinge. Zu dem Gebäudeteil, in dem der Brand ausbrach, gehören 24 Zellen mit 43 Insassen. Schon die reine Existenz eines solchen großen „Flughaufengefängnisses“ ist ein Skandal, weist sie doch darauf hin, dass hier zahlreiche Menschen – oft ohne ausreichenden Rechtsbeistand oder andere Betreuung – wochenlang zur Abschiebung festgehalten werden. Sechs derartige Einrichtungen gibt es in den Niederlanden. Dort sitzen neben vermeintlichen oder tatsächlichen Drogenschmugglern vor allem Flüchtlinge, deren Asylantrag als „aussichtslos“ eingestuft wurde, sowie Menschen, die ohne Einreiseerlaubnis in die Niederlande wollten. Obwohl alle diese Abschiebeknäste angeblich nur der „übergangsweisen“ Inhaftierung dienen sollen, bevor die Insassen abgeschoben werden, sitzen hier Menschen bis zu acht Monaten in Haft – beispielsweise weil sie ihre Identität nicht preisgeben, weil die Herkunftsländer sie nicht mehr aufnehmen wollen oder aus anderen Gründen. Der vermeintliche „Übergangscharakter“ dieser Haftan-

stalten dient auch zur Rechtfertigung besonders trister Zustände – keinerlei Beschäftigung für die Insassen, nur minimale Betreuung, billig bezahltes, kaum ausgebildetes Personal, meist von privaten Sicherheitsfirmen usw.

Experten des niederländischen Instituts für Feuerbekämpfung (Nibra) stellten zudem fest, dass der seit 2002 bestehende Abschiebeknast in Schiphol unmöglich den Brandschutzbestimmungen genügt haben kann, weil das Feuer so schnell von einer Zelle zur anderen übergesprungen sei. Nibra zufolge müsse ein Raum mindestens 30 Minuten dem Feuer standhalten.

In der Presse und der öffentlichen Diskussion hatte nach der Brandkatastrophe zunächst im Vordergrund gestanden, dass bei dem Brand auch elf Personen aus der Haftanstalt geflohen waren. Drei von ihnen sind inzwischen von der Polizei schon wieder gefasst wurden. Außerdem wurde immer wieder betont, dass Schiphol mit zahllosen Drogenkurieren konfrontiert sei, den „bolletjesslikkers“ (Kügelchen-Schluckern), die über den Flughafen in die Niederlande einreisen oder in andere europäische

schleunigten Asyl- und Abschiebeverfahren, Heiratsrestriktionen, obligatorischen Einbürgerungskursen, die Einwanderer selbst bezahlen müssen, und einer deutlichen Verschlechterung des Ehegattennachzugs. Die neuen Gesetze seien „die härtesten in Europa“, schrieb damals die „Süddeutsche Zeitung“ (3.7.2002). Der amtierende christdemokratische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende sprach damals davon, die Niederlande dürften nicht zu einem „Mischmasch beliebiger Kulturen werden“ („Frankfurter Rundschau“, 1.2.2002). Asylbewerber, so bilanzierte damals die Tageszeitung „De Volkskrant“, „sind praktisch chancenlos in den Niederlanden.“ (3.7.2002)

Nun sind elf dieser „Chancenlosen“ verbrannt. „Die Situation hier ist skandalös“, kritisierte jetzt nach dem Brand Marion Bloem von der Initiative „26.000 Gesichter“ die niederländische Asylpolitik. Der Name spielt an auf 26.000 Asylbewerber, deren Antrag abgelehnt wurde, die aber im Land noch geduldet werden und auf ihre Abschiebung warten. Nach dem Willen der Regierung sollen sie bis Ende 2007 aus dem Lande ge-



Staaten weiterreisen wollten.

Inzwischen aber verlagert sich die Diskussion mehr in eine Debatte über die niederländische Flüchtlingspolitik. Schiphol ist auch Vorbild für deutsche Asylabschottung. Der Frankfurter Flughafen etwa hat Zellen für etwa 100 Abschiebehäftlinge, ähnlich wie Schiphol. Die Forderung nach Auflösung dieser „Flughafenknäste“ ist schon lange ein Thema der Flüchtlings- und Menschenrechtspolitik.

In den Niederlanden ist diese Debatte zudem beeinflusst durch einen starken, ausländer- und flüchtlingsfeindlichen Rechtspopulismus. Seit dem steilen Aufstieg des später ermordeten Rechtspopulisten Pim Fortuyn hatte die niederländische Regierung bereits Anfang 2002 ihre ohnehin restriktive Flüchtlings- und Asylpolitik noch weiter verschärft und einen offen fremdenfeindlichen Kurs eingeschlagen, mit be-

schafft sein.

Diese massenweise Abschiebung hat auch zu den chaotischen Zuständen in Schiphol geführt, werfen Flüchtlingsgruppen der Regierung vor. „Die Menschen werden hier in Baracken eingesperrt“, klagte Marion Bloem. Ihre Kollegen von der Flüchtlingshilfe „Fryslan“ sind noch deutlicher: „Wir haben mehrfach mit den Behörden über die unhaltbaren Zustände in den Abschiebegefängnissen gesprochen: unzureichende medizinische Versorgung, mangelnde Verpflegung, Zellen ohne Tageslicht“, erklärte ein Sprecher. Seine Konsequenz aus der Katastrophe von Schiphol: „Die Verantwortlichen, Justizminister Piet Hein Donner und Integrationsminister Rita Verdonk, müssen zurückschreiten.“

(Quellen: Kölnische Rundschau, 27.10.05; Die Zeit, 27.10.05; azonline.ch, 27.10.05; Die Welt, 29.10.05, Berliner Zeitung, 29./30.10.05 – rül)

Westliche Banken drängen nach China

„Ab durch die Mitte“ überschrieb das „Handelsblatt“ am 27.10. einen ganzseitigen Bericht über das Vordringen westlicher Banken in der VR China. Ausländische Banken drängten immer stärker auf den lukrativen chinesischen Markt. Die Hintergründe: Das rasche Wachsen der chinesischen Wirtschaft eröffnet auch im Kredit- und Versicherungsgeschäft neue Geschäftsfelder, die sich westliche Banken nicht entgehen lassen wollten. Bis 2012, so z.B. eine Studie von McKinsey, würde China nicht nur die Bundesrepublik Deutschland an Brutto-Wirtschaftskraft (gemessen in Milliarden Dollar Bruttoinlandprodukt) übertreffen und sich zur drittstärksten Wirtschaftsmacht auf dem Globus (nach USA und Japan) vorgearbeitet haben. Dann gebe es auch eine reiche Mittelschicht in China von 300 Millionen Verbrauchern, die sparen, Autos und Immobilien besitzen, reisen und die Dienste von Banken und Lebensversicherungen in Anspruch nehmen. An den drei größten chinesischen Banken sind englische und US-Banken sowie die Allianz und eine Finanzgruppe aus Singapur schon jetzt mit Minderheitsanteilen von zusammen 10 bis 20% beteiligt. Nun steigt auch die Deutsche Bank ein: Zusammen mit dem Privatbankhaus Sal. Oppenheim erwarb sie 14% der Anteile der Huaxia Bank, der derzeit neuntgrößten Bank in China. Auch die Sparkassen sind in China inzwischen aktiv. Bis Ende 2006 soll China nach Forderungen der WTO seinen Bankensektor für ausländische Beteiligungen öffnen. Schon vorher versuchen offenbar einige Banken, sich angebliche „Filetstücke“ an diesem Geschäftsfeld zu sichern.

Weltbank über Armut in GUS-Staaten

Die Weltbank hat Ende Oktober einen Bericht über Armut in den GUS-Staaten vorgelegt. Zwar sinke die Zahl der Armen in den früheren GUS-Staaten seit 1998 wegen des Wirtschaftsaufschwungs in dieser Region. Wegen des vorherigen katastrophalen Einbruchs der Wirtschaft sei sie aber immer noch sehr hoch. Die Weltbank definiert abso-





Nach dem Tod von zwei Jugendlichen am letzten Freitag kam es in der französischen Hauptstadt mehrere Tage lang zu nächtlichen Krawallen. Etwa 400 Jugendliche, die der Polizei die Verantwortung für den Tod der beiden Jugendlichen anlasteten, lieferten sich heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei und zündeten u.a. 29 Fahrzeuge an (Bilder rechts). Die Polizei nahm 14 von ihnen fest.

Die beiden Jugendlichen waren gestorben, als sie von der Polizei auf einer Baustelle entdeckt und verfolgt worden waren. Drei von ihnen kletterten dabei über die Absperrung eines Transformators. Zwei von ihnen, 14 und 16 Jahre alt, starben sofort, der dritte wurde schwer verletzt. Hunderte von Menschen hatten am nächsten Tag in einem Schweigemarsch der beiden Toten gedacht und die Verfolgungspraxis der Polizei gegenüber Jugendlichen (Bild rechts: eine der häufigen Pariser Razzien gegen Jugendliche mit Migrationshintergrund am 25.10.) kritisiert. Die zuständige Präfektur der Polizei bestritt, die Jugendlichen verfolgt zu haben, Innenminister Sarkozy sagte eine Untersuchung zu. (Bilder: Indymedia, Tages-Anzeiger)

lute Armut als Pro-Kopf-Tageslohn unter 2 Dollar. 61 Millionen Menschen leben laut Weltbank in Ländern wie Russland, Kasachstan, der Ukraine und in den Kaukasus-Staaten noch heute in dieser absoluten Armut. Weitere 150 Millionen Menschen gelten als „wirtschaftlich verwundbar“. Nur 40 Millionen Menschen konnten in den GUS-Staaten seit 1998 aus diesem untersten Lebensniveau aufsteigen. Besonders weit verbreitet ist Armut in Georgien, dem ölreichen Aserbeidschan und Armenien sowie in den zentralasiatischen Ländern Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien, Turkmenistan und Moldova – vor allem auf dem Land. Viele Bauern können keinerlei Kredit aufnehmen, haben keinerlei Zugang zu Märkten. Schlechte Schulbildung, unzureichende Wasser- und Stromversorgung und fehlende medizinische Versorgung kommen hinzu. (Quelle: Deutsche Welle, Fokus Südost, 17.10.05)

Flüchtlingsnot in Kosovo

„Unerträgliche Lebensbedingungen“ hat der Leiter der UN-Mission für den Kosovo, Soren Jessen Petersen, in den drei Flüchtlingslagern Zitkovac, Kablara und Cesmin Lug im Kosovo eingeräumt. 560 Menschen aus 125 Familien

leben dort, die meisten sind Roma, Aschkali und Ägypter. Vor einem halben Jahr hatte die Weltgesundheitsorganisation Alarm geschlagen: Der Bleigehalt im Blut der Flüchtlinge sei überhöht, ihre Gesundheit gefährdet. Ihre Lebensbedingungen seien „ein Affront gegen die Menschenwürde“, gab Soren Jessen Petersen zu und kündigte an, die drei Lager im Dezember zu schließen und die „Flüchtlinge“ in ein früheres französisches Militärcamp in Nord-Mitrova zu verlegen. Die angeblichen „Flüchtlings“ sind ein Ergebnis grausamer Minderheitenverfolgung durch Kosovo-Albaner, die vor allem Roma und Aschkali aus ihren Wohngebieten im Kosovo seit der „Befreiung“ des Kosovo durch die NATO systematisch vertrieben haben. Dass die Roma jetzt schon im sechsten Jahr in solchen „Lagern“ leben müssen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die anhaltenden Folgen der angeblich „humanitären Intervention“ der NATO – allen voran die damalige rot-grüne Bundesregierung – im Kosovo 1998/99. (Quelle: Deutsche Welle, Fokus Südost, 14.10.05)

Ärger für Bush

Eine Meineid-Anklage gegen US-Präsidentenberater Libby bedrängt die Re-

gierung Bush. Gleichzeitig kratzt sie erneut an der angeblichen „Legitimität“ des Irak-Krieges. Zum ersten Mal seit 130 Jahren ist mit Libby ein führender Regierungsberater einer „sehr ersten Straftat“ beschuldigt, wie Staatsanwalt Fitzgerald formulierte. Bei einem Schuldspruch drohen Libby bis 30 Jahre Haft. Libby, Stabschef von Vizepräsident Cheney und Sicherheitsberater der Regierung, trat schon von seinem Amt zurück. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, „unter Eid und mehrfach“ gelogen zu haben, als er von FBI-Fahndern und einer großen Strafkammer befragt wurde, woher die frühere Starreporterin der New York Times, Judith Miller, erfahren habe, dass die Ehefrau des Ex-US-Diplomaten Joseph Wilson, Valerie Plame, CIA-Agentin sei. Im Januar 2003 hatte Bush in einer Rede an die Nation behauptet, Saddam Hussein habe in Afrika Uranstaub zur Herstellung von Atomwaffen kaufen wollen. Ex-Diplomat Joseph Wilson hatte das öffentlich bestritten und widerlegt. Daraufhin war in der New York Times und anderen Zeitungen, verbunden mit diversen Be-



schuldigungen gegen Wilson, die Nachricht erschienen, Wilsons Frau Plame sei „CIA-Agentin“. Lanciert wurde diese Kampagne offenbar von Vizepräsident Cheney, der Bushs Chefberater Karl Rove, den jetzt angeklagten Libby, den früheren CIA-Direktor Teney und den neuen UNO-Botschafter John Bolton einsetzte, um diese „Nachricht“ an die Presse zu leiten und Wilson so zu „bestrafen“. Libby ist also nur der erste von möglicherweise mehreren leitenden Mitgliedern der Bush-Administration, dem jetzt der Prozess gemacht wird – ein Prozess, der auch deutlich macht, dass der Irak-Krieg von Bush, Cheney & Co. von Anfang an mit Lügen und Falschbehauptungen vorbereitet wurde. (Quelle: Spiegel Online, 29.10.05)

Zusammenstellung: rül

BERLIN. Am 26.10. demonstrierten 2.500 Menschen gegen den „Großen Zapfenstreich“ der Bundeswehr in Berlin. Neben der angemeldeten Demonstration fanden auch mehrere spontane Kundgebungen gegen das Militärritual statt. Vor dem Reichstagsgebäude feierte die Bundeswehr ihr 50-jähriges Bestehen. Die Innenstadt wurde – wie angekündigt – zur militärischen Sperrzone erklärt. Obwohl das Berliner Verwaltungsgericht einen Teil der Auflagen der Versammlungsbehörde außer Kraft gesetzt hatte und dem Veranstalter zugesichert wurde, die Demonstration ab 20 Uhr bis auf den Pariser Platz führen zu können, ignorierte die Polizei den Gerichtsbeschluss. Stattdessen wurde die Demonstration bis 20.30 Uhr an der Kreuzung Unter den Linden/Schadowstraße von Wasserwerfern und Räumpanzern aufgehalten. An dieser Stelle wollte die Polizei wohl eine bewusste Eskalation herbeiführen, um die Teilnehmer der Demonstration an der gerichtlich zugesicherten Ausübung der Versammlungsfreiheit zu hindern. So gingen mehrere Hundert Polizisten mit Schlagstöcken und Reizgas gegen die friedliche Menschenmenge vor. Erst nach Intervention des Europaabgeordneten Tobias Pflüger und von Bundestagsabgeordneten der Linkspartei bei der Einsatzleitung konnte der Aufzug zu seiner Abschlusskundgebung am Pariser Platz gelangen. Eine Gemeinschaftsklage gegen die Polizei wird nun vorbereitet. www.bamm.de. www.zapfnix.de. www.antifa.de



Rudolf Heß-Film: Geschichtsrevisionistische Offensive an Schulen

MÜNCHEN. Nach Informationen, die dem Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR) vorliegen, gingen bei mehreren Münchner Gymnasien Schreiben „ehemaliger Schüler“ ein, in denen für eine Kinoveranstaltung mit dem Titel „Geheimakte Heß“ geworben wird. Gezeigt wird die bräunliche Film-Dokumentation des rechtsextremen Historikers Olaf Rose, die im Wesentlichen auf den Thesen des britischen Autors Martin Allen in dem Buch „Churchills Friedensfalle“ basiert. Darin wird behauptet, der Führer-Stellvertreter Rudolf Heß sei im Mai 1941 im Auftrag Hitlers im Mai 1941 nach Schottland geflogen, um mit dem Vereinigten Königreich ein Ende des Krieges auszuhandeln. Nur wegen des halstarrigen und kriegslüsternden Winston Churchill, so die Aussage des Buches, sei Hitler zum Überfall auf die Sowjetunion und letztlich auch zum Holocaust gezwungen worden. Als „sensationelle Aktenfunde eines britischen Historikers“ wurde das Werk dann auch im Anschreiben an Münchner Gymnasien angepriesen, was einige Schüler aufhorchen ließ und die daraufhin eigene Recherche anstellten. Wie die Schüler herausfanden, wurde das Münchner Kino durch Carsten Beck, 1999 kurzzeitig Stützpunktleiter der JN in München, für mehrere Termine angemietet. Gegenüber den Betreibern des Kinos trat Beck als Vertreter einer Vereinigung mit dem Namen „Veritas“ auf. Unter diesem Namen betreibt Carsten Beck allerdings einen Buchversand, dessen Angebot vor allem aus Druckwerken des rechtsextremen Druffel-Verlags besteht – eben jener Verlag, in dem mehrere Bücher von

Martin Allen erschienen sind. Inhaber des Verlages ist der mehrfach wegen Volksverhetzung vorbestrafte Gerd Sudholt. Zeitgleich zu dieser Kampagne erschien in dem neurechten Strategieorgan „Junge Freiheit“ in der vergangenen Woche eine Anzeige mit einem Hinweis auf die Münchner Kinotermin. Verwiesen wird dabei auf die Internet-Domain www.geheimakte-hess.de, die auf einen Norman Winkler mit Münchner Adresse angemeldet ist.

Von den Hintergründen ahnten die Münchner Kinobetreiber bei Vertragsabschluss nichts. Wie dem IDGR mitgeteilt wurde, wird es eine Verlängerung des Vertrages nicht geben. Auch an anderen Orten in der Bundesrepublik soll es bereits zu ähnlichen Aktionen gekommen sein. 28.10.2005 www.idgr.de

Nazi-Aufmarsch am 29.10. gestoppt

GÖTTINGEN. Gegen 16 Uhr war Schluss für die ca. 300 NPĐ-AnhängerInnen. Konsequente Gegenaktivitäten von Antifaschistinnen und Antifaschisten zwangen sie dazu, ihre Demo vorzeitig aufzulösen und auf ihre geplante Route von ca. 7 Kilometern Länge quer durch die Oststadt zu verzichten. Auf der



Gegendemonstration des „Bündnisses gegen Rechts“ fanden sich ca. 5.000 TeilnehmerInnen ein. Lautstark zogen sie durch die Innenstadt und demonstrierten ihre Missbilligung gegenüber den Nazis und ihrer menschenfeindlichen Positionen. Zeitgleich sammelten sich Studierende und AntifaschistInnen auf dem Campus in Kleingruppen, um dem Nazi-Aufmarsch entschlossen entgegen zu treten. Bevor die Nazis das Weender Tor erreichten gelang es ca. 200 AktivistInnen auf den Nikolausberger Weg zu gelangen und eine Barrikade zu errichten und zu entzünden. Es folgten zahlreiche weitere Barrikaden im Kreuzberggring, in der Humboldtallee, im Waldweg und den anliegenden Nebenstraßen. Die Polizei leitete zunächst die Demonstration der Nazis um. Zahlreiche GegendemonstrantInnen begleiteten den Marsch vom Campus aus mit wütenden Rufen und versuchten Sitzblockaden. Beim Passieren des Parkplatzes vor dem Campus flogen Steine, Flaschen und andere Gegenstände in Richtung der Nazis. Aufgrund des massiven antifaschistischen Widerstands erklärte die Polizei die Nazi-Demonstration für nicht weiter durchführbar. Gegen 16 Uhr wurde sie aufgelöst. Auch ihr Rückweg war begleitet von massiven Protesten. Einige AnwohnerInnen machten ihrer Sicht der Dinge Luft, indem sie Bio-Müll und andere Gegenstände aus den Fenstern auf die Nazis regnen ließen.

Während die Nazis bereits auf dem Rückweg waren, verschärfte die Polizei die Kontrollen an den Zugängen zur Innenstadt. Am Auditorium wurden etwa 30 Menschen eingekesselt und sollten mit der Begründung, sie würden dem Aussehen nach der „autonomen Szene“ zugeordnet werden, festgenom-

men werden. Beim Ermittlungs-Ausschuss (EA) der Roten Hilfe sind zahlreiche weitere Berichte über Festnahmen bzw. Ingewahrsamnahmen und eine harte Gangart der Polizei rund um die Innenstadt und dem Campus vor allem nach dem Abzug der Nazi-Demonstration eingegangen. *Auszug aus dem Bericht des Basisdemokratischen Bündnis Göttingen* www.bb-goettingen.de

9. November: Nazi-Kundgebung in München mit Auflagen genehmigt

MÜNCHEN. Zwei Demonstrationen meldeten Münchner Nazis für den 9. November an: Hayo Klettenhofer zum Thema „Ehre den 16 Toten vom 9. November 1923“ auf dem „Odeonsplatz, Feldherrnhalle“ und Norman Bordin zum Thema „16. Jahrestag des Mauerfalls“ auf dem Marienplatz. Auf Antrag der Grünen wurden diese Kundgebungen zum Thema im Kreisverwaltungs-ausschuss. Für die Kundgebung am Odeonsplatz erließ das KVR ein Gesamtverbot und erklärte, dass es eine Neonazi-Demo mit diesem Thema zu keinem Zeitpunkt dulden werde. Zutreffend heißt es dazu in der Stadtratsvorlage: „Eine Nazi-Demo, die die „Blutzeugen der Bewegung“ des sog. „Hitlerputsches“ (Marsch auf die Feldherrnhalle am 9. November 1923) huldigt – überdies am 9. November und am damaligen Ort des Geschehens mit Fackeln, Fahnen und Musik –, ist eine ungeheuerliche Provokation und Verhöhnung der Opfer des NS-Unrechtsregimes und deren Nachkommen sowie der Münchner Bevölkerung; die Rechtsradikalen stören hierdurch den öffentlichen Frieden.“ Die zweite Kundgebung zum Jahrestag des Mauerfalls genehmigte das KVR jedoch unter Auflagen: So wird der Versammlungsort auf den Stachus (Begründung: Symbolschutz des Marienplatzes und Schutz der Gedenkveranstaltung der Israelitischen Kultusgemeinde) verlegt, außerdem ergingen umfangreiche Auflagen zu Parolen und Ausgestaltung. Das KVR sieht zwar die Gefahr, dass diese zweite Veranstaltung nur eine Tarnveranstaltung für die Veranstaltung am Odeonsplatz ist. Es beruft sich bei seiner Entscheidung, die Kundgebung trotzdem zuzulassen, auf die aktuelle Rechtsprechung des VGH Bayern, dass der Vorwurf einer Tarnveranstaltung bewiesen werden müsse. Nachdem dem bayerischen Verfassungsschutz „keine Erkenntnisse vorliegen, wonach das von Norman Bordin genannte Thema dazu verwendet wird, über einen direkten Bezug der obengenannten Versammlung zur Reichspogromnacht oder den Hitlerputsch hinwegzutäuschen“, sieht sich das KVR nicht in der Lage, diesen Beweis zu erbringen – obwohl Klettenhofer ursprünglich als Stellvertreter von Bordin fungieren sollte. Der Verfas-

sungsschutz in Bayern findet sich offensichtlich mit seiner andauernden Blindheit auf dem rechten Auge ab. Dazu passt auch ein interner Vermerk von Oberstaatsanwalt Stern, Chef der politischen Abteilung und stellv. Behördenleiter, der auch die Kundgebung an der Feldherrnhalle nicht verbieten wollte. Seiner Interpretation nach bezieht sich die neue Strafrechtsregelung nur auf die Herrschafts-Zeit, und nicht auf die Jahre davor. Deshalb könne ein Motto, das sich auf die Zeit vor dieser Herrschaft beziehe, nicht strafbar sein. In der Öffentlichkeit wurde dieser Vermerk massiv kritisiert. Die Nazis wollen gegen beide Bescheide der Stadt klagen. Antifaschistische Gegenaktionen vor Ort wurden bereits angekündigt. *wob*

Gegen Nazi-Aufmärsche am 3. Dez.

KARLSRUHE/RASTATT. Der Hamburger Neonazi Christian Worch hat für den 3. Dezember in Karlsruhe einen „Fackelumzug“ am späten Nachmittag angemeldet. Eine weitere Veranstaltung am selben Tag ist um die Mittagszeit in Rastatt beantragt. Die Aktion soll unter dem Motto „Daniel Wretström, Sandro Weilkes, Pim Fortyn –Kein Vergessen – Kein Verzeihen“ stattfinden und wird mit der „ausufernden Gewalt gegen Nationalisten als Opfer einer falschen, inländerfeindlichen Politik“ begründet. Die drei genannten Personen werden von den Rechtsextremen als Märtyrer gefeiert. In Karlsruhe bereiten seit Anfang Oktober zahlreiche Vertreter von demokratischen Organisationen und Parteien Aktionen gegen die Nazi-Aufmärsche vor und werben für das Verbot dieser Veranstaltungen. Die Oberbürgermeister beider Städte wurden aufgefordert, die Aufmärsche zu verbieten und Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Aufmärsche vorzubereiten. www.antifa-buendnis-ka.de.vu

5.000 Unterschriften für die Losung „Hände weg vom Mieterschutz“

ESSEN. Weit über 5.000 Unterschriften hat das Mieterbündnis Ruhr, dem auch die Mietergemeinschaft Essen angehört, der Landesregierung übergeben. Unter der Losung „Hände weg vom Mieterschutz“ geht es darum, die in NRW wie in vielen anderen Bundesländern auf acht Jahre verlängerte Kündigungsschutzfrist bei der Privatisierung von Wohnraum beizubehalten. Die neue schwarz-gelbe Landesregierung will den Kündigungsschutz für Mieter nach Privatisierung auf die gesetzlich vorgeschriebenen drei Jahre zurückfahren. Die Sperrfristverordnung der alten Landesregierung war in der Vergangenheit ein wesentlicher Faktor, Mieter zumindest in Teilbereichen gegen die Auswirkungen der massenhaften Wohnungsverkäufe zu schützen. Die Lan-

desregierung selbst sorgt durch den angekündigten Verkauf von 110.000 Wohnungen der landeseigenen Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) für weitere Verunsicherung. Sollte es zu Privatisierungen kommen, droht eine Verdrängung der dort lebenden Menschen. Zudem würden preisgünstige Wohnungen genommen. *syb*

Demonstration gegen Sozialabbau am 29. Oktober in Nürnberg

NÜRNBERG. Am 29.10.2005 haben in Nürnberg über 1.000 SchülerInnen, Studierende, ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und RentnerInnen lautstark gegen Bildungs- und Sozialabbau demonstriert. Die Demonstration reiht sich ein in eine Vielzahl von Protestaktionen in der Region, die sich gegen HartzIV, Lohnsenkungen, Studiengebühren und andere Sparmaßnahmen der Regierung gerichtet hatten. Ziel der Demonstration war es, sich solidarisch der Einsparorgie der Bundesregierung und der Profitgier vieler Firmen entgegenzustellen, und sich nicht länger gegeneinander ausspielen zu lassen. Auf Initiative des Sozialforums Nürnberg und vieler Unterstützer fanden sich um 13 Uhr zahlreiche Menschen unter dem Motto „Wir wehren uns gemeinsam“ zur Auftaktkundgebung in der Nürnberger Innenstadt ein. Nach Reden verschiedener Gruppen setzte sich die Demonstration, angeführt vom „Antikapitalistischen Block“, zu dem Autonome Gruppen aufgerufen hatten, Richtung Weißer Turm in Bewegung. Weitere Kundgebungen fanden am Kornmarkt vor dem DGB-Haus, an der Bundesagentur für Arbeit und dem SPD Haus am Karl-Brögerck statt. www.szene.us



Aktion gegen Castor-Transport

KARLSRUHE. Frei nach dem Motto „Widerstand soll Spaß machen“, versammelten sich in Karlsruhe am 29.10. ca. 300 Menschen auf dem Marktplatz. Diese südwestdeutsche Auftakt-Demo war die Eröffnung für Widerstandsaktionen gegen den Castortransport, der für den 20. November an der französisch-deutschen Grenze (Lauterbourg/Wörth) erwartet wird, und die große Ausstiegsdemonstration am 5.11. in Lüneburg. <http://de.indymedia.org>
Zusammenstellung: baf

„Alle müssen Anschluss halten können!“

In Stuttgart haben die Beratungen über den Haushalt der Stadt für die Jahre 2006 und 2007 begonnen. Während in den Vorjahren sinkende Einnahmen und daraus folgend Ausgabenkürzungen die Debatte bestimmten, sieht diesmal die Lage so aus, dass anziehende Gewerbesteuererinnahmen Investitionen möglich machen. Außer der CDU, die mit dem Finanzbürgermeister Föll einen schuldenfreien Haushalt bis 2010 anstrebt, betonten alle anderen Parteien, dass Investitionen über den Vorschlag der Verwaltung hinaus jetzt vorgenommen werden müssen. Einigkeit bestand auch darin, dass dies vor allem im Bereich Bildung und Kindererziehung geschehen muss.

Dass sich hier aber durchaus die Interessen von Mittelschichten und Besserverdienenden auf Kosten der Armen profilieren, zeigten die Haushaltsreden und –anträge der verschiedenen Fraktionen. Die Linke.PDS stellt einen Antrag, die Bonuscard zu erweitern, um damit den Hartz-IV-Betroffenen und anderen armen Leuten die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Insbesondere soll der Zuschuss für den Pass Orange umgewandelt werden in einen Zuschuss zur regulären VVS-Monatskarte für das Stadtgebiet. Damit sollen die Sperrzeiten des Pass Orange wegfallen und die Arbeitssuche, ehrenamtliche Tätigkeiten, Teilnahme an Sport und Kultur erleichtert werden. CDU und Grüne beantragen grad im Gegenteil, die Bonuscard nur noch für Kinder gelten zu lassen. Damit würden für Kinderlose alle Ermäßigungen wegfallen. Den eingesparten Betrag wollen CDU und Grüne bei der Familiencard einsetzen und hier den Geldwert der Karte pro Kind von 60 Euro auf 120 Euro im Jahr erhöhen. Gleichzeitig soll die Einkommensgrenze für die Familiencard heruntergesetzt werden.

Die Bonuscard erhalten bisher Leute, die Sozialgeld oder Arbeitslosenhilfe II erhalten oder bei sonst sehr geringem Einkommen. Die Einkommensgrenzen liegen so, dass z.B. eine Familie mit zwei Erwachsenen und einem Kind, in der eine Person berufstätig ist, bis zu 1.560 Euro Einkünfte haben dürfen. Dann erhalten Sie den Zuschuss zum Pass Orange, Ermäßigungen von 50 % in Bädern, bei Schulveranstaltungen, Waldheim, Musikschule etc. Die Bonuscard kann mit der Familiencard kombiniert werden.

Die Familiencard bekommen Familien mit einem Jahreseinkommen bis zu 82.000 Euro. Die Geldkarte gibt es für jedes Kind im Wert von 60 Euro. Dieser Betrag kann abgebucht werden für Ein-

tritte und Gebühren bei den gleichen Veranstaltungen und Einrichtungen wie bei der Bonuscard. Bei der Musikschule ist die Ermäßigung auf Familiencard 20 %, bei der Bonuscard 90 %.

Die Familiencard ist für geringer verdienende Familien zu wenig, für die besser Verdienenden ein schönes Geschenk. Wenn nun die Bonuscard für Leute ohne Kinder abgeschafft würde, wäre das eine direkte Bestrafung für arme Kinderlose. Die Linke.PDS-Stadträtin Küstler hat schon in ihrer Haushaltsrede kritisiert, dass damit Geld umverteilt würde von denen, die gar nichts haben, zu denen, die ein bisschen haben. Sie forderte von der Stadt eine Politik, die Ausgrenzung verhindert und stattdessen den Zugang zu den öffentlichen Gütern ermöglicht und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für alle ermöglicht.

Haushaltsrede der Linke.PDS-Stadträtin Ulrike Küstler:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, die Linkspartei. PDS nennt als Ziele für den kommenden Stadthaushalt:

Zukunftsinvestitionen, das heißt: Investieren in die Zukunft der Kinder und Jugend, für Bildung, in soziale Sicherheit! Damit verbindet sich eine soziale, offene Stadt! Niemand darf ausgegrenzt werden! Alle müssen Anschluss halten können!

1. Zur Einnahmenseite: Umschichtung ist nötig

In Ihrer Einbringungsrede, Herr Föll, ist deutlich geworden: Stuttgart ist ohne Abstriche eine reiche Stadt. Trotzdem sagen Sie bei jeder sozialen Forderung: Wir müssen sparen. Sparen ist in Ordnung, aber an den richtigen Stellen, dann ist es möglich, alle wichtigen Aufgaben zu erfüllen.

Das Geld der Stadt reicht also für die wichtigen Aufgaben, und dafür ist eine Umschichtung nötig: weg von Events und Profisport, hin zu Investitionen in die Jugend und den sozialen Bereich – das sind nachhaltige, zukunftswirksame Investitionen.

Vorbehaltlich der Zahlen zur Steuerentwicklung, die Sie, Herr Föll, für den 1. Dezember angekündigt haben, bean-

trage ich dieses Mal – im Gegensatz zu meinen Anträgen vor zwei Jahren – keine Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer. Stuttgart bietet für die ansässige Industrie und das Gewerbe eine hervorragende Infrastruktur und hat gleichzeitig die niedrigsten Hebesätze aller Großstädte. Also können Industrie und Gewerbe – wenn nötig – sehr wohl ihren Anteil an der Finanzierung der Aufgaben der Stadt angemessen erhöhen. Sollten die Prognosen sich tatsächlich ernsthaft verschlechtern, werde ich eine entsprechende Erhöhung der Hebesätze beantragen.

2. Zu den Ausgaben und Investitionen

Ein Brief aus dem Stuttgarter Osten, der auch an die anderen Gemeinderatsmitglieder ging, hat mich sehr nachdenklich gemacht: Auf Wunsch der städtischen Straßenbahnen als Grundstückseigentümerin und von Anliegern wurde auf den Baumrondells am Ostendplatz eine absolut hässliche Vorrichtung angebracht und Sitzplätze wurden abgebaut, um sogenannte Penner zu vertreiben. Was wird die Folge sein: Diese Menschen suchen sich einen anderen Platz, von dem sie wieder vertrieben werden, und so im Kreis rum. Das ist der letzte Dreh einer Abwärtsspirale, in die ausgegrenzte Menschen getrieben werden. Nicht alle – aber einige.

Wir sind eine reiche Gesellschaft, eine reiche Stadt, aber auch wir spüren die Folgen einer massenhaften Langzeitarbeitslosigkeit. Wir haben Tausende von Menschen, die nie wieder einen regulären Erwerbsarbeitsplatz finden werden oder die nur noch vorübergehend schlecht angesehene und schlecht bezahlte Arbeit bekommen oder die erst gar nicht ins Arbeitsleben reinkommen. Auch wir haben Kinder aus benachteiligten Elternhäusern, die in der Schule nicht ausreichend gestärkt und gefördert werden, die keinen Schulabschluss schaffen.

Wir haben neue Sozialgesetze, welche die Betroffenen arm machen und unter Druck setzen, die eine Zumutung für die Sachbearbeiter sind, die ungeheuer viel Geld verschlingen. Was können wir tun? Bundes- und Landesgesetze kann die Stadt nicht ändern. Sie kann aber wohl ihren Einfluss geltend machen, dass z.B. die Regelsätze erhöht werden und zum Leben reichen und dass Bürokratie nicht zur Schikane wird. Vor allem aber kann und muss die Stadt den Zugang zu öffentlichen Gütern schaffen, die Selbsthilfe stärken und die Ausgrenzung bekämpfen.

Darum sage ich: Investitionen in die



Jugend und die Bildung sichern auch die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Das hören Sie auch aus der Wirtschaft unter dem Titel Förderung der weichen Standortfaktoren. Aber ich will hier von den Menschen sprechen: Diese Investitionen geben der nächsten Generation eine Zukunft. Begleitet werden muss das durch eine Politik, die die Menschenwürde all derer sichert, die aus dem Arbeitssystem herausgedrückt wurden. Sie müssen teilhaben am gesellschaftlichen Leben. Sie brauchen die Mittel, um selbst aktiv zu werden, für sich selbst und gemeinsam mit anderen. Und wenn es so schlimm geworden ist, dass sie krank, depressiv und „störend“ sind, dann brauchen sie mindestens einen Platz, an dem sie angenommen und wenigstens geduldet sind.

Welche Ausgaben, welche Investitionen fordere ich also?

a) Investitionen in Kinderbetreuung und Bildung.

Das heißt für mich

– zügiger, bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung und -bildung.

Hier geht es um drei Dinge: ausreichend Plätze und weiterer Ausbau der Qualität, aber auch das Ziel, dass dieser wichtige Teil der Bildung wie die Schulen kostenfrei und allen Kindern zugänglich wird.

Darum beantrage ich mehr Geld für den Ausbau der Plätze, ausreichendes Personal für „Einstein in der Kita“. „Einstein kommt in die Schule“ ist der nächste logische Schritt.

– Ausbau der Ganztagschulen, und zwar nicht durch Elterngebühren finanziert, sondern durch das Land, das für die Bildung verfassungsgemäß zuständig ist, und ergänzt durch die Stadt, die gute Rahmenbedingungen durch Schulbau, Ausstattung, Essen und Ergänzung zum Unterrichtsprogramm durch betreuende Bildung und Maßnahmen sowie Sozialarbeit an den Schulen leisten muss. Den vorgeschlagenen Weg, dies nur durch außerschulische Angebote zu leisten, halte ich für falsch. Dies kann allenfalls eine Ergänzung sein, die in ein pädagogisches Konzept der Schule eingebunden wird. Und diese Aufgabe darf nicht in Trippelschritten angegangen werden.

Ziel muss auch sein: Kein Kind soll die Hauptschule ohne Abschluss verlassen. Mit guten Ganztagschulen lässt sich das fördern.

b) Investitionen ins Soziale

Das schließt am vorigen Punkt an. Die Sorgenkinder, wenn man das so sagen darf, sind die U25, die unter 25-Jährigen ohne Arbeitsplatz, die offenbar durch die JobCenter nicht in ausreichendem Maße gefördert werden. Dass die Bedingungen schwierig sind und dass die Beschäftigten dort im Übermaß strapaziert werden, ist deutlich. Trotz-

dem: Weiterqualifizierung und Eingliederung finden zu wenig statt. Damit dürfen wir uns nicht abfinden.

Hartz-Gesetze und die Folgen – das wird uns noch Jahre begleiten. Die Stadt muss meiner Meinung nach die betroffenen Menschen unterstützen, dass sie nicht ausgegrenzt werden, sondern am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Das ist eine Frage der Menschenwürde der Betroffenen. Das ist aber auch eine Frage der ganzen Gesellschaft. Was es bedeutet, wenn wir einen dauerhaften Sektor blanker Armut zulassen, können sie in anderen Gesellschaften sehen. Also nicht nach dem konservativen Motto: Knapp halten, damit der Anreiz zur Arbeit nicht verloren geht. Wo es keine Arbeit gibt, nützt das sowieso nichts. Sondern das Selbstwertgefühl erhalten, Krankheit und Depression verhindern. Das geschieht durch Möglichkeiten der Selbstorganisation, der Möglichkeit, eigenständig



Kinder einer Grund- und Realschule demonstrieren vor dem Rathaus für eine neue Turnhalle. Eine Grundschülerin trug im Gemeinderat während der Sitzung ihre Forderungen vor.

aktiv zu sein. Sicher tut die Stadt Stuttgart da schon einiges, z.B. durch Zuschussung des Pass orange. Aber wegen der Zeitbeschränkungen ist mit dem Pass orange nicht nur die Arbeitssuche erschwert, sondern auch die Teilnahme an Veranstaltungen und die Aufnahme ehrenamtlicher Tätigkeiten. Werben Sie um die Erwerbslosen, damit sie ihre Kenntnisse und Erfahrungen nicht verstecken zu müssen. Holen Sie sie in die ehrenamtliche Arbeit. Insofern ist die Bonuscard zu verbessern. Schaut man genauer hin, kostet das nicht wirklich mehr, denn die Busse und Bahnen fahren sowieso, und das Theater und viele andere Veranstaltungen könnten leere Plätze auch freigeben für die Inhaber der Bonuscard.

Eine Einrichtung, in der Erwerbslose nicht nur Fälle sind, die beraten und angeleitet werden müssen, eine Einrichtung, deren Konzept Selbstorganisation, Förderung des Selbstwertgefühls

und Kreativität zum Programm macht, muss in diesem Haus verteidigt werden. Im Stuttgarter Arbeitslosenzentrum SALZ finden Erwerbslose vom akademisch bis zum einfachsten Gebildeten, aus den unterschiedlichsten Berufen zeitweise oder länger die Hilfe und Ermutigung. Daher ist das SALZ ein Vorbild für Initiativen, die von der Ermutigung und Wertschätzung Erwerbsloser ausgehen.

Die Deckelung der Zuschüsse an die Träger der freien Wohlfahrtshilfe muss aufgehoben werden. Diese Form des Outsourcing ist auch eine verdeckte Form des Sparens an sozialen Aufgaben. Den Freien Trägern bleibt sonst nur die Möglichkeit, ihre Leistungen einzuschränken.

c) Ein sehr wichtiges Investitionsziel ist für mich der Wohnungsbau

Eine Stadt, die über etwa 15 Prozent der Wohnungen verfügt, kann damit merkbar Einfluss auf den Wohnungsmarkt sowohl im Standard als auch bei den Preisen nehmen. In Stuttgart beträgt der Anteil der städtischen Wohnungen aber weniger als acht Prozent. Es fehlen vor allem Wohnungen für Familien mit Kindern und mit geringen und unterdurchschnittlichen Einkommen.

Der zusätzliche Bau von günstigen Wohnungen hilft nicht nur vielen dieser Leute. Damit beeinflussen Sie auch die anderen Preissegmente. Es wird dann mehr Familien möglich, in Stuttgart zu bleiben oder zuzuziehen.

Nun noch einige Bemerkungen zur Stadtverwaltung. Die Belegschaft der Stadtverwaltung und der Betriebe hat enorme Beiträge geleistet, um die wirtschaftliche Situation in den letzten Jahren zu verbessern. Die Stadt hat ihre Schulden reduziert, gleichzeitig investiert und die Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer heruntergesetzt. Sie sollte der Belegschaft dafür nicht nur danken. Sie sollte auch erkennen, wann die Zitrone ausgepresst ist. Inzwischen wird die Schraube zu stark angezogen. Beispiele wurden in der Öffentlichkeit diskutiert wie die Einstellung eines Bücherbusses. Daher bin ich gegen weitere pauschale Kürzungen, gegen die Weiterführung der Stellenbesetzungssperre und dagegen, dass Beschäftigte nicht entsprechend den Anforderungen ihrer Stellen bezahlt werden. Auch der Schutz vor Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz und vor Gefahrstoffen muss beachtet werden.

Zum Schluss: Stuttgart geht es gut, dann soll es auch allen Stuttgarterinnen und Stuttgartern gut gehen.

Darum bedeutet Zukunftsinvestitionen tätigen: Investieren in die Zukunft der Kinder und Jugend, für Bildung, in soziale Sicherheit! Wir brauchen eine soziale, offene Stadt! Alle müssen Anschluss halten können!

Position des DGB: Mindestlöhne ab 7,50 Euro

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat in einem Beitrag in der „Bild am Sonntag“ erneut bekräftigt, dass er für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne ist. „Wo gute Tarife in ganz Deutschland gelten, aber zu wenige Unternehmen binden, sollte die Bundesregierung sie für allgemeinverbindlich erklären“, schrieb Sommer.

Wo es bislang keine Tarifverträge gebe, seien gesetzliche Mindestlöhne ab 7,50 Euro in der Stunde aufwärts nötig, die sich an der Leistungsfähigkeit der Branchen orientieren müssten.

Bereits vor der Wahl hatte Sommer begründet, warum er für gesetzlichen Mindestlohn eintritt. In einem Beitrag mit dem Titel „Gute Arbeit – Würde, Respekt und gutes Geld“ heißt es:

„In Deutschland arbeiten 7,5 Millionen Menschen, die verdienen nicht einmal drei Viertel des Durchschnittseinkommens. 2,5 Millionen verdienen nicht einmal die Hälfte. Da geht es nicht um Riesensummen, wie manche Ideologen unterstellen. Da geht es um Brutto-Monatslöhne von 600 bis 700 Euro aufwärts bis 1600, 1700 Euro. Da geht es um Stundenlöhne von drei, vier oder sieben Euro!

So bitter es ist, wir haben Tarifverträge abgeschlossen, die bringen einer Verkäuferin in einer saarländischen Bäckerei gerade mal 1000 Euro Bruttolohn. Oder einem jungem Friseur aus Sachsen 3 Euro 82 Cent in der Stunde. Macht am Ende des Monats 615 Euro.

Ist das ein gerechter Lohn? Oder nutzen die Arbeitgeber dieser Branchen nicht schamlos die Massenarbeitslosigkeit aus? Wie soll denn ein Tarifvertrag wirken, wenn von mehr als 20.000 Berliner Gastwirtschaften nur noch 1.200 im Arbeitgeberverband sind? Da können wir unsere Mitglieder einfach nicht mehr vor vielfachem Lohndumping und teilweise entwürdigenden Arbeitsbedingungen schützen.

Als Gewerkschafter steht für mich fest: Tarifverträge müssen immer an erster Stelle stehen, wenn es darum geht, Beschäftigten ihren Anteil am Wohlstand zu sichern und sie vor Lohndumping zu bewahren. Wo aber Zustände wie in der Berliner Gastronomie herrschen, ist es natürlich unsere erste Aufgabe als Gewerkschaften, dass wir wieder stärker werden, um die Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen zu bewegen. Aber dafür brauchen wir Zeit. Und deshalb brauchen die Menschen in vielen Branchen gesetzliche Mindestlöhne.

Die Untergrenze setze ich bei einem Stundenlohn von 7,50 Euro Stundenlohn an, das sind umgerechnet rund

Keine Rückzahlung von Hartz IV-Kosten der Unterkunft! ESSEN. Gleich nach der Bundestagswahl war bei der SPD keine Rede mehr von positiven Korrekturen an Hartz IV. Im Gegenteil: Da der Bund statt der für 2005 eingeplanten 14 Mrd. Euro Bundeszuschüsse für Arbeitslosengeld-II-Berechtigte ca. 26 Mrd. Euro an die Kommunen zahlen muss, kündigte Noch-Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement die Streichung der Kosten der Unterkunft in Höhe von 3 Mrd. Euro an. Gleichzeitig beschimpfte er Alg-II-Empfänger als Sozialbetrüger und kündigte schärfere Kontrollen an. Die Streichung wurde von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen, wird allerdings Gegenstand der Koalitionsverhandlungen sein. Die Kritik der kommunalen Spitzenverbände war heftig. Der Deutsche Städtetag drohte mit einem Ausstieg aus den örtlichen Arbeitsgemeinschaften mit der Agentur für Arbeit. Einzelne Kommunen kündigten „zivilen Ungehorsam“ an. Trotzdem lehnten CDU, SPD, Grüne, FDP, REP und die Wählergemeinschaft EBB bei der letzten Sitzung des Essener Stadtrates einen Antrag der Ratsgruppe der Linkspartei.PDS gegen diese Zumutungen ab. Immerhin unterstrich in der Diskussion die CDU-Sprecherin, Jutta Eckenbach, die Forderung nach Rücknahme des Streichungs-Beschlusses. Sie lehnte den Punkt im Antrag trotzdem ab, weil die Stadtspitze sich schon bei den kommunalen Spitzenverbänden „eingebracht“ habe. Umschiffen haben die beiden Parteien der Großen Koalition auf Bundesebene die Auseinandersetzung mit Clements unsäglichem Leistungsbetrugs-Vorwürfen. Die CDU fordert entsprechendes auf der Essener Ebene schon länger. Die SPD war über die Kritik hell empört, zog eine Wortmeldung aber wieder zurück. DKP und AUF unterstützten den Antrag. Auch andere Ratsgruppen und -fraktionen der Linkspartei. in NRW haben ähnliche Anträge gestellt. wof

Kurswechsel bei Verwaltungsreform: KIEL. Schleswig-Holsteins Gemeindetag fordert einen Kurswechsel bei der geplanten Reform der Verwaltungsstrukturen. „Erst müssen die Aufgaben festgelegt werden und dann die Strukturen“, sagte Geschäftsführer Jörg Bülow. Die schwarz-rote Landesregierung hat festgelegt, dass Verwaltungen künftig jeweils mindestens 8.000 Einwohner betreuen müssen. Kommunen, die dies nicht rechtzeitig durch freiwillige Fusionen erreichen, sollen per Gesetz dazu verpflichtet werden. „Wir lehnen solche Zwangszusammenschlüsse ab“, sagte Bülow. Die starre Untergrenze von 8.000 behindere und diskriminiere auch erfolgreiche Kooperationsformen.

Es gebe auch amtsfreie Gemeinden unter 8.000, die wegen ihrer wirtschaftlichen, zentralörtlichen oder touristischen Bedeutung eine eigene hauptamtliche Verwaltung behalten sollten. Deshalb müssten Verwaltungskooperationen zugelassen und gefördert werden. Die Welt, 29.10.2005

Kommunen boykottieren Gaspreis-Erhöhung: SCHORTENS. Friesisch herb fällt die Reaktion einiger Kommunen im Nordwesten Niedersachsens auf die Gaspreiserhöhung ihres Energieversorgers aus: Sie lassen die Abschlagszahlungen in alter Höhe weiterlaufen. So die einstimmigen Beschlüsse der Kommunalparlamente der Gemeinde Rhaderfehn (Kreis Leer) und der Stadt Schortens (Kreis Friesland). Der regionale Energieversorger EWE hatte zum 1. August die Gaspreise um 14,2% erhöht. Das würde Schortens 43.000 Euro pro Jahr mehr kosten. Für die 35 öff. Gebäude Rhaderfehns wären es 17.000 Euro mehr. Auch der Kreistag Leer missbilligte die Erhöhung und mahnt von der EWE als kommunalem Unternehmen und den Vertretern der Kommunen in den zuständigen Gremien eine offensive Informationspolitik an. www.kommunale-info.de

Das dicke Ende naht: BOCHUM. Der Bochumer Mieterverein schreibt: „Das alte Anti-Cross-Border-Bündnis aus attac und Mieterverein Bochum sieht sich in seinen schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Anlass sind Berichte aus den USA, nach denen dort jetzt auch Cross-Border-Geschäfte, die vor März 2004 abgeschlossen wurden, nicht mehr als steuermindernd anerkannt werden. Die Stadt Bochum hatte im März 2003 trotz erfolgreichen Bürgerbegehrens ihr Kanalnetz an einen US-Investor verleast und aus den Steuervorteilen 20 Mio. Euro abbekommen. Im November 2004 hatte eine Gesetzesänderung im amerikanischen Steuerrecht das Schlupfloch rückwirkend zum 1. März 2004 gestopft und damit weiteren Schein-Geschäften dieser Art die Grundlage entzogen. Seit Juni 2005 werden jedoch auch Geschäfte unter die Lupe genommen, die früher abgeschlossen wurden. Martin Lehrer, Sprecher des Städte- und Gemeindebundes NRW, warnte, die Städte müssten akribisch darauf achten, auch den kleinsten Verstoß gegen die oft 1.000 Seiten starken Verträge zu vermeiden, um den Vertragspartnern keine Handhabe zu liefern, aus den Verträgen auszusteigen. Denn dabei würde Schadensersatzforderungen fällig, die den ursprünglichen Erlös um ein Vielfaches überstiegen.“

www.bo-alternativ.de
Zusammenstellung: ulj

1200 Euro Monatslohn. Es gibt dafür eine Reihe von Gründen:

- Die Pfändungsfreigrenze liegt bei einem Nettolohn von 939 Euro. Das entspricht einem Bruttolohn von rund 1200 Euro.

- Die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens wird mit 1200 Euro in etwa erreicht. Ich glaube, es gebietet einfach schon der Anstand, dass niemand mit weniger als der Hälfte eines mittleren Einkommens leben muss.

- Im Vergleich mit Frankreich und Italien, den Niederlanden und Großbritannien würden sich gesetzliche Mindestlöhne von 7,50 Euro in der Stunde an aufwärts voll im europäischen Rahmen bewegen.

Durch den Vorrang der Tarifautonomie wird die Politik gar nicht umhin können, als die Mindestlöhne nach Branchen zu differenzieren. Dabei sollten die Tarifparteien mit von der Partie sein.“

<http://www.dgb.de/themen/tarifpolitik/mindestlohn/mindestlohn.htm>

ver.di hält am Atomausstieg fest

BERLIN. Der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Frank Bsirske, stellt fest, dass ver.di eine klare Position zum Ausstieg aus der Atomenergie hat, und erteilt allen anders lautenden Gerüchten eine klare Absage: „ver.di hat sich immer für einen geregelten Atomausstieg ausgesprochen. Daran ändert sich nichts.“

Entsprechende Beschlüsse habe die ver.di-Gründungsorganisation ÖTV bereits 1988 und 1996 gefasst. An diesen Beschlüssen halte ver.di auch fest. Es sei richtig und wichtig, dass die Nutzung der Kernenergie, wie im Atomgesetz bestimmt, praktisch beendet werde. „Es gibt einen Atomkonsens und wir legen Wert darauf, dass der so eingehalten wird“, unterstrich Bsirske.

Für die abgebrannten Brennelemente bedürfe es eines Endlagers in Deutschland. Eine Entscheidung darüber müsse in der kommenden Legislaturperiode gefällt werden. Bsirske machte deutlich, dass er an der Eignung des Salzstocks Gorleben als Endlager ausdrücklich Zweifel habe. Deswegen dürfe die Suche nach einem geeigneten Standort von der neuen Bundesregierung nicht ausgesessen werden. Ansonsten drohe, dass Gorleben mangels Alternativen Endlager werde.

Angesichts steigender Energiepreise und sinkender Reserven sei es darüber hinaus unabdingbar, ein schlüssiges nationales Energiekonzept zu entwickeln. Dies müsse dynamisch angelegt sein, den Einsatz der vorhandenen Energieträger – soweit diese verantwortbar zu nutzen sind – optimieren und gleichzeitig Wege aufzeigen, zukunftssträchtige Innovationen schnell und effizient zu

integrieren: „Deutschland ist weltweit führend bei der Markteinführung erneuerbarer Energien im Stromsektor“, sagte Bsirske. „Bis fossile und nukleare Energieträger vollständig ersetzt werden können, brauchen wir aber einen Energiemix, der die Versorgung sichert.“ Kohle erscheine dabei als eine „geeignete Brücke ins solare Zeitalter“.

Wegen der hohen spezifischen CO₂-Emissionen und der damit einhergehenden Klimabeeinflussung durch die Kohleverbrennung seien innovative Techniken wie beispielsweise die effiziente Kraft-Wärme-Kopplung unverzichtbar, solle diese „Brücke“ für ausreichende Zeit begangen werden. „Hier ist die Industrie – Kraftwerkshersteller wie Energieversorger – gefordert“, so Bsirske.

Um den CO₂-Ausstoß weiter wie erforderlich zu reduzieren, könne es für eine begrenzte Zeit erforderlich sein, im Rahmen des Atomkonsenses verstärkt Atomenergie zur Stromerzeugung einzusetzen. Dabei könne es zur Übertragung von Produktionsrechten zwischen den Kernkraftwerken kommen, wobei die Einhaltung von optimalen Sicherheitsstandards gewährleistet sein müsse. Das Kyoto-Protokoll müsse auch künftig verbindliche Klimaschutzstandards setzen. Diese müssten weltweit anerkannt und eingehalten werden. Daher gelte es, alles daran zu setzen, auch große Emittenten wie die USA, Australien, China und Indien zur Unterzeichnung der entsprechenden Protokolle zu bewegen.

<http://presse.verdi.de>

GEW kritisiert „Fitnesslandkarte Niedersachsen“ und fordert mehr Sportunterricht

HANNOVER. Als Mogelpackung bezeichnete der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt die „Fitnesslandkarte Niedersachsen“, die erstmalig im November 2005 in den Schuljahrgängen 1 bis 10 innerhalb des Sportunterrichtes erstellt werden soll. Dieser genormte und von verschiedenen Krankenkassen gesponserte Test soll in den Jahren 2005, 2006 und 2007 Zahlen, Daten und Fakten für eine vergleichende Internetpräsentation zum körperlichen Leistungsstand von Kindern und Jugendlichen liefern.

Schon der Erlassentwurf traf auf den Widerspruch des Landeselternrates (LER), des Schulhauptpersonalrates und der GEW. Es bleibe völlig ungeklärt, wie durch die bloße Feststellung der Fitnesswerte die Gesundheit tatsächlich gefördert werde. Zu fragen sei, wie ein Jugendlicher, dem bescheinigt werde, dass seine Leistungen weit unter der Norm lägen, durch die Feststellung seiner Unbeweglichkeit motiviert werden solle, mehr Sport zu treiben. Auch Praktiker kritisieren den Test. Unsinnig

sei es, die gleichen Anforderungen von Klasse 1 bis 10 zu stellen. Während sich die Kleinsten beim Halten im Hang an der Sprossenwand die Nase brechen könnten, würden die Zehntklässler beim Zielwerfen mit selbst zu füllenden Sandsäckchen bestenfalls die Lachmuskeln strapazieren.

„Niemand ist gegen Fitness!“, bekräftigte Eberhard Brandt. „Wenn aber Maßnahmen pädagogisch falsch sind, viel unnütze Arbeit hervorrufen und zudem datenrechtlich brisant sind, dann sind Kritik und Protest angesagt.“

Brandt forderte den Kultusminister auf, den Erlass zur Fitnesslandkarte zurückzunehmen und stattdessen den Schulen genügend Sportlehrkräfte und Sportstunden zur Verfügung zu stellen.

28.10.2005 <http://gew-nds.de>

Aktionsbündnis für berufliche Teilhabe gegründet

BERLIN. Fünf Organisationen (Sozialverband Deutschland (SoVD), Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Berufsförderungswerke, Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen, Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke, Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung) haben sich zum Aktionsbündnis für berufliche Teilhabe zusammengeschlossen.

Ziel ist, gemeinsam für eine qualifizierte Ausbildung und dauerhafte berufliche Teilhabe von behinderten Menschen einzutreten:

„Wir stellen mit Sorge fest, dass behinderte Menschen aufgrund der äußerst schwierigen Arbeitsmarktlage zunehmend von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Bereitschaft der Unternehmen und Betriebe, behinderte Menschen auszubilden, ist dramatisch zurückgegangen. Verschärft wird die Situation durch eine immer stärker fiskalisch ausgerichtete Rehabilitationspolitik der Bundesagentur für Arbeit. Dies wirkt sich äußerst negativ auf behinderte Menschen und die bewährten Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation aus: Die Berufsbildungs- und Berufsförderungswerke beklagen teilweise einen erheblichen Belegungsrückgang und befürchten die Entlassung einer Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Integrationsfirmen verzeichnen eine massive Kürzung der Eingliederungszuschüsse für behinderte Menschen. Für die Integrationsfachdienste sind die finanziellen Grundlagen für ihren weit reichenden Vermittlungs- und Betreuungsauftrag keineswegs gesichert. Diese Fehlentwicklungen müssen dringend korrigiert werden.“

Das Aktionsbündnis hat sich in einem Schreiben an die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel und den SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering gewandt. 29.10.2005 www.presseportal.de

„Die IG Metall will zeitgemäße Tarifverträge“

Die IG Metall beginnt, sich auf geänderte Umstände einzustellen. Nachdem ein politischer Eingriff in Tarifverträge („betriebliche Bündnisse für Arbeit“ u.ä.) nach dem Wahlergebnis und einer Regierung ohne FDP kaum zu erwarten ist, wird das Unternehmerlager stärker versuchen, in den Betrieben Arbeitsbedingungen und Löhne nach unten zu drücken. Ein tarifpolitischer Kongress in Mannheim mit 4000 Teilnehmern diskutiert darüber. Wir geben den Bericht der IG Metall wieder.

Motto: „Stark in der Fläche – aktiv im Betrieb“.

Anspruchsvolle Arbeitsplätze brauchen qualifizierte Beschäftigte. Umso wichtiger sind heute Weiterbildung und Qualifizierung für ein selbstbestimmtes Leben. Die IG Metall und die Metallge-

Eine freie Gewerkschaft wie die IG Metall, die die Emanzipation der Menschen auf ihre Fahnen geschrieben hat, kann nicht akzeptieren, dass Millionen Menschen von Lebenschancen ausgeschlossen werden. Und weil wir das nicht akzeptieren, werden wir das Thema Weiterbildung tariflich anpacken, und zwar flächendeckend.

[Berthold Huber, 2. Vorsitzender der IG Metall]

werkschaften in Europa werden künftig verlangen, dass ein Recht auf Qualifizierung tarifvertraglich abgesichert wird. Beschäftigte haben einen Anspruch auf Zeitsouveränität. Dazu strebt die IG Metall neue Tarifregelungen an. Das könnten bundesweite Regeln zu Arbeitszeitkonten sein, die zum einen den vorzeitigen Ausstieg aus dem Berufsleben unterstützen und zum anderen ermöglichen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Weiterbildung, Qualifizierung, Arbeitszeitkonten und Innovationskonzepte stehen auf der Agenda tariflicher Regelungen der Zukunft.

Wofür werden Tarifverträge gebraucht?

Flächentarifverträge regeln Grundbedingungen des Arbeitslebens, zum Beispiel Arbeitszeit, Urlaubsanspruch und Einkommen, aber auch Qualifizierung, damit die Menschen besser arbeiten und leben können. Sie schaffen Sicherheiten und Chancen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Tarifverträge tragen zur sozialen Stabilität und zum wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland bei. Sie schützen die Beschäftigten vor

Unternehmerwillkür, regeln und sichern Mindeststandards für Einkommen und Arbeitsbedingungen. Die Ta-

Gesamtmittel stellt immer häufiger die Verbindlichkeit von Flächentarifverträgen in Frage. Doch Löhne und Arbeitsbedingungen sind kein Spielball für Manager. Tarifverträge sind keine Almosen, sondern verbindliche Rechtsansprüche.

[Jürgen Peters, 1. Vorsitzender der IG Metall, am 20. Oktober 2005]

rifautonomie – das freie Aushandeln von Tarifverträgen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden – ist ein Garant für die Machtbalance zwischen Kapital und Arbeit und ein Eckpfeiler der sozialen Demokratie.

Wie sieht die bisherige Bilanz nach der „Pforzheimer Vereinbarung“ aus?

Von Anfang 2004 bis Ende September 2005 gab es in der Metall- und Elektroindustrie 508 Abweichungen vom Flächentarifvertrag – bei rund 5500 verbandsgebundenen Unternehmen. Die

Wenn die Arbeitgeberverbände weiterhin auf „betriebliche Bündnisse“ unter Ausschluss der IG Metall setzen, hat das drastische Konsequenzen. Wer am Sonntag bei Christiansen lautstark betriebliche Bündnisse einfordert, handelt sich ab Montag das betriebliche Streikrecht ein.

[Berthold Huber]

meisten Vereinbarungen, 336 von 508, kamen aufgrund einer akuten wirtschaftlichen Notlage der Unternehmen zustande. In 64 Fällen konnte durch Anerkennungs- oder Haustarifverträge ein Eintritt oder Wiedereintritt in den Arbeitgeberverband erreicht und damit

wieder eine Tarifbindung hergestellt werden. In den größten Unternehmen Baden-Württembergs wurden über zehn Milliarden Euro Investitionen und wichtige Innovationsprojekte tarifvertraglich festgeschrieben. Außerdem konnten über 230 000 Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. In Nordrhein-Westfalen wurden über 110 Millionen Euro Investitionen und 40 000 Arbeitsplätze vertraglich abgesichert. Die „Pforzheimer Vereinbarung“ aus dem Jahr 2004 hat zu mehr Transparenz geführt. Auch zukünftig wird die IG Metall Vereinbarungen ablehnen, wenn sie den im Vertrag festgelegten Mindestanforderungen nicht genügen.

Was hat es mit den Abweichungen vom Flächentarifvertrag auf sich?

Rund 70 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 54 Prozent in Ostdeutschland arbeiten in Betrieben mit Tarifbindung. Seit 2004 wurden in zehn Prozent der verbandsgebundenen Betriebe abweichende Regelungen vom Flächentarifvertrag getroffen. Das heißt: in 90 Prozent der Betriebe wird der Flächentarifvertrag ohne Abstriche praktiziert. Die IG Metall hat klare Standards gesetzt, nach denen vom Flächentarifvertrag abgewichen werden kann: ein tragfähiges Zukunftskonzept mit Investitions- und Innovationszusagen, Qualifikationsmaßnahmen, Beschäftigungssicherungsgarantien und Standortgarantien. Geprüft werden die Auswirkungen auf Beschäftigung und Wettbewerb in anderen Betrieben der gleichen Branche. Es darf keine Abwärtsspirale bei Löhnen und Arbeitsbedingungen ausgelöst werden. Bei be-

Die Zahl der abweichenden Regelungen steigt. Die inhaltliche Kluft zwischen Flächentarifvertrag und Firmentarifverträgen ist in Einzelfällen größer geworden. Sowohl die steigende Zahl der abweichenden Regelungen als auch die Missachtung geltender Tarifverträge sind meist Resultat von Erpressung.

[Jürgen Peters]

trieblichen Konflikten über Abweichungen vom Tarifvertrag wird die IG Metall in Zukunft die Beschäftigten noch stärker einbeziehen.

www.bw.igm.de

Statt um Tarife muss die IG Metall immer öfter um betriebliche Regelungen kämpfen wie hier z.B. bei Daimler-Chrysler in Sindelfingen.



Streik um Schließung von Infineon München-Perlach

„Aufrechten Ganges, mit erhobenem Kopf“

Bekanntgabe und erste Bewertung der Einigung: Keine Niederlage, kein Sieg auf der ganzen Linie – aber ein gutes Ergebnis!

Während die Streikenden in Perlach per Urabnahme über die Annahme des Verhandlungsergebnisses entscheiden (die Zustimmung ist inzwischen erfolgt, d.Red.), haben sich Mitglieder der Verhandlungs- bzw. Tarifkommission in einer ersten Bewertung zufrieden gezeigt. Die wesentlichen Punkte der Einigung enthalten

- Reduktion der abzubauenen Stellen um 185 auf nun insgesamt 615 durch so genannte „weiche“ Maßnahmen, also Altersteilzeit usw.,
- Einrichtung einer Beschäftigungsgesellschaft für maximal 12 Monate,
- Verschiebung der Schließung auf den 31. März 2007 mit Option auf weitere drei Monate,
- Erhöhung der Abfindung auf 1,32 Monatsentgelte pro Beschäftigungsjahr bis zu einer oberen Grenze von 130.000 Euro.

Hinzu kommen ein Sockelbetrag von 1.000 Euro für jede/n Beschäftigte/n und weitere Zuschläge für solche mit Kindern sowie Schwerbehinderte. Mit Blick auf den Streik ist außerdem festgelegt, dass keiner der Teilnehmer Nachteile wegen seines Engagements in der Auseinandersetzung erleiden darf.

Infineon hatte zu Beginn der Auseinandersetzung 800 Kündigungen zum 31.12.2006 bei einer Abfindungssumme von 0,33 Monatsentgelten, also genau ein Viertel der jetzt erreichten Summe, angekündigt.



„Solides Ergebnis“

Der bayerische IG Metall-Chef Werner Neugebauer bezeichnete am Montagmittag die Einigung als „ein solides Ergebnis, mit dem wir zufrieden sein können“ und als „Brücke für die Beschäftigten, für die sich die Auseinandersetzung gelohnt hat.“ Besonders angesichts der schwierigen logistischen und infrastrukturellen Streikbedingungen lobte er die Disziplin und den Einsatz der Streikenden, die das Ergebnis erst ermöglicht haben; ebenso dankte er der Münchner Bevölkerung und den vielen Kolleginnen und Kollegen



aus Betrieben über die Grenze Bayerns hinaus, die die Perlacher über den gesamten Zeitraum aktiv unterstützt haben.

Streikleiter Michael Leppek schloss sich dem Dank an die Beschäftigten an und hob ebenfalls die große Unterstützung hervor, die aus anderen Unternehmen in Perlach selbst wie aus anderen Standorten kam. Rudi Steinberger, Sprecher der Vertrauensleute bei Infineon in Perlach, sprach von einem „guten Ergebnis“, mit dem man, die Annahme durch die Urabstimmung vorausgesetzt, am Abend „aufrechten Ganges und mit erhobenem Kopf“ das Werk wieder betreten werde. Dennoch räumte er ein, dass man nicht vollständig erreicht habe, was man sich zu Beginn gewünscht hatte; „besonders enttäuscht“ seien die Beschäftigten von Infineons Starrsinn in der Frage der Beschäftigungsgesellschaft, für die sich alle eine längere Dauer erhofft hatten.

Entschädigung für eine schwierige Zukunft

Alles in allem haben, so der Tenor der Akteure des Streiks, die Beschäftigten und ihre Vertreter herausgeholt, was aus der Position bei Bekanntgabe der Schließungsbeschlusses zu Jahresbeginn heraus zu erreichen war. Nicht nur Neugebauer betonte in diesem Zusammenhang, dass die Summen von bis zu 130.000 Euro in Relation zu dem gesetzt werden müssen, was auf viele Betroffenen nun zukommt: Lebensalter und Gesundheitszustand nach jahrelanger Schichtarbeit unter den besonderen Bedingungen der Chipfertigung verkleinern die Chance, in absehbarer Zeit eine neue Stelle zu finden – die Arbeitslosigkeit unter den Bedingungen von Hartz IV zeitlich und finanziell so umfassend wie irgend möglich abzufedern, war daher vorrangiges Ziel der Auseinandersetzung und der Verhandlungen.

hr, <http://dialog.igmetall.de/infineon>

Arbeitgeberverbände werten Herbstgutachten als Bestätigung ihrer Forderungen. – HB, Fr./Sa., 21./22.10. Um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschland zu verbessern, sind aus Sicht der am Herbstgutachten beteiligten sechs Wirtschaftsinstitute vor allem die Tarifparteien gefordert: „Um eine krisenhafte Zuspitzung zu vermeiden, sollten die Tarifpartner offen sein für Bündnisse auf Betriebsebene und für mehr Flexibilität der Arbeitszeit.“ H. Hesse, Hauptgeschäftsführer des VDMA stimmte, wie auch die Vertreter von BDI und BGA, den Instituten zu. Die Lohn- und Arbeitsmarktpolitik müsse sich weniger an der Sicherung bestehender, sondern vielmehr an der Schaffung neuer Arbeitsplätze orientieren.

Verbraucherzentrale wirft Banken Verantwortungslösung vor. – HB, Di., 25.10. Banken geben in unverantwortlicher Weise Kredite – diesen Vorwurf erhebt die Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV). Drei Millionen überschuldete Haushalte in Deutschland seien ein Beleg dafür, dass es schlecht um den Schutz der Kreditkunden bestellt sei. „Intransparenz, ... verschiedene Berechnungsverfahren für Zinsen und horrenden Vorfälligkeitsentschädigungen machen den Kreditnehmer zum Spielball der Banken“, sagte VZBV-Präsidentin E. Müller. Mit knapp einer Billion Euro hat das private Kreditvolumen im zweiten Quartal 2005 in Deutschland einen Rekordwert erreicht. „Kredite sind nicht nur für das persönliche Leben wichtig, sondern auch von enorm volkswirtschaftlicher Bedeutung“, so Müller. Derzeit ließen sich jedoch Kreditangebote und Kosten aber kaum vergleichen. Diesen Vorwurf weist der Zentrale Kreditausschuss, der Dachverband der Kreditwirtschaft, zurück.

EU-Transparenzrichtlinie sorgt für Ärger bei Arbeitgeberverbänden. – Ein Referentenentwurf, der höhere Strafen für Mittelständler, die ihrer Publizitätspflicht nicht nachkommen, vorsieht, löst Kritik aus. Die Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer (ASU) spricht von einem „George-Orwell-Trend“ in Deutschland, der DIHK beklagt die Pläne als „völlig überzogen“. Unternehmen, die sich weigern, ihrer Bilanz-Veröffentlichungspflicht nachzukommen, sollen ab 2007 nicht mit wie bisher mit einem Ordnungsgeld von 2500 Euro, sondern mit bis zu 50.000 Euro rechnen müssen. Der Verstoß wird künftig als Ordnungswidrigkeit eingestuft. DIHK-Rechtsexpertin A. Böhm kritisierte den Entwurf als unverhältnismäßig. Er gehe über die EU-Vorgaben hinaus. „Wir brauchen deshalb eine 1:1-Umsetzung der europäischen Transparenzrichtlinie.“

Presseauswertung: rst.

Kritik einer Geheimdienstoperation

Am 23. Oktober sendete das ZDF-Magazin „Mona Lisa“ einen Beitrag über den Einzug der Linkspartei.PDS in den Bundestag, in dem es – ähnlich wie ungezählte Medienbeiträge schon zuvor – „enthüllte“: „Verfassungsschützer warnen jetzt vor [dem] extremistischen Potenzial“ der Linkspartei.¹ Die „linksextreme“ Vergangenheit einer Reihe von Abgeordneten in der DKP, dem KB, dem KBW und BWK wird „aufgedeckt“, wobei im Fall der Abgeordneten Sevim Dagdelen allein der Hinweis auf Mitgliedschaft in der „türkischen Organisation“ DİDF als Beweis ihres „Linksextremismus“ reichen soll. Biografische Enthüllungen dieses Schlags, die Distanzierungsdruck erzeugen, zielen weniger auf die Funktionsträgerinnen selbst als auf die Verbindung der im Parlament wirkenden Linkspartei zu kritischen außerparlamentarischen Bewegungen. Auch soll die Linkspartei.PDS an den Graben erinnert werden, der sie von den anderen im Parlament vertretenen Parteien trennt und trennen soll.

Zwischen den verschiedenen Abgeordneten der Linkspartei, die in dem Beitrag aufgeführt werden, werde auch ich (als Landessprecherin der Hamburger Linkspartei) erwähnt, nicht nur aufgrund früherer Funktionen im Bund Westdeutscher Kommunisten, sondern auch als Verlegerin bzw. presserechtlich Verantwortliche des Gefangenen Infos. Dazu kommt der Präsident des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz Heino Vahldieck zu Wort: „Es wird (in dem Info – CS) jegliche Art von politisch motivierter Aktion, von ge-

men, wie schon vor Wochen, als der CDU-Mann Vahldieck sich in die Kandidatenfindung der Linkspartei einzumischen versuchte mit der qua Abendblatt verbreiteten Äußerung, der Landessprecher sei eine schillernde Figur, eine Art Nahtstelle zwischen Linkspartei, autonomer Szene und PKK.

Die Art und Weise, wie Vahldieck den Angriff führt, spricht dafür, dass er mehrere Zwecke verfolgt: die Diskreditierung der Linkspartei, auch im Hinblick auf die Bürgerschaftswahlen 2008 (beim Bundestagswahlergebnis der Hamburger Linken von 6,3% kein aussichtsloses Unterfangen), die Belastung des Vereinigungsprozesses von Linkspartei, WASG und anderen, die Einmischung in innerparteiliche Diskussionen und Entwicklungen, und nicht zuletzt auch die Beschneidung der Pressefreiheit für einen kleinen, aber kritischen Verlag.

Ein Aspekt soll besonders hervorgehoben werden; dabei sind die Äußerungen Vahldiecks gegenüber dem NDR (24.10.) und Neuen Deutschland (26.10.) aufschlussreich. Gegenüber dem NDR behauptet er für die Hamburger Linkspartei eine „ganz starke Tendenz zum Linksextremismus, wie sie durch Personen wie Fersoglu und Schneider illustriert wird“. Und gegenüber dem ND stellt er in Aussicht, die Beobachtung des Hamburger Landesverbandes durch den VS einstellen zu können, falls der Wiedereinzug der Linkspartei in den Bundestag auch in Hamburg zu „strukturellen und ideologischen Veränderungen“ führe.

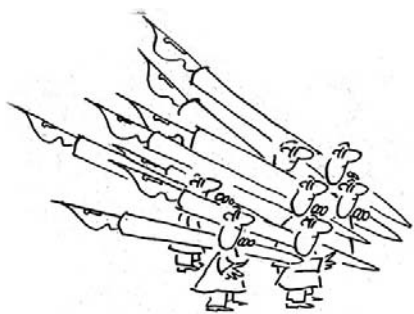
aufgeführt ist. Indirekt betroffen ist auch, durch Erwähnung von SAV und Linksruck, die WASG, z.T. durch diverse Kandidaturen auch Regenbogen. Aufgeführt sind aber auch zahlreiche außerparlamentarische Bewegungen im Bereich des Antifaschismus, der Flüchtlingssolidarität, im Bereich der Stadtentwicklung (Bambule, Wasserturm-Hotel), von gegen Hartz IV gerichteten Bewegungen und viele andere. Die Einmischung des Verfassungsschutzes zugunsten „struktureller und ideologischer Veränderungen“ bedeuten nichts anderes, als dass die Linkspartei.PDS ihre Verbindungen zu großen Teilen der organisierten Linken, zur kritischen Jugend, zu Migrantenorganisationen, zu vielen, wenn nicht den meisten außerparlamentarischen Bewegungen kappen soll.

Die Linke in der BRD ist nicht extremistisch

Ich bestreite die Voraussetzung, die Vahldieck und der gesamte VS wie selbstverständlich machen und auf der ein Großteil dieser gewaltigen Länder- und Bundesbehörden, viele hundert Stellen, unzählige Karrieren und Karrierehoffnungen beruhen: Nicht nur die Linkspartei.PDS (bzw. ihre Westverbände) ist nicht linksextremistisch. Die heutige Linke in der BRD überhaupt ist nicht extremistisch.²

Es gibt auch in der Linken fundamentalistische Strömungen, auch Strömungen, die Strategien der begrenzten Regelverletzung verfolgen, es gibt unterschiedlich ausgeprägte Strategien der Gesellschaftsveränderungen und -umwälzungen, staatskritische und eher staatsbejahende Strömungen. Aber bei allen Unterschieden ist die Linke ganz überwiegend kritisch und nicht extremistisch. Strategien, dass die neue „auf den Trümmern der alten Gesellschaft“ errichtet werden soll, wie es in einem alten Lied heißt, dass die Gesellschaft buchstäblich zu zertrümmern, der Staat zu zerschlagen, die Herrschaft zu erobern, Pluralität in Meinungen und Interessen auszuschalten, eine Diktatur zu errichten sei, gehören der Vergangenheit an.³

Extremismus gefährdet allerdings ist der Staat, und zwar strukturell. Nach Max Weber⁴ macht das staatliche Gewaltmonopol das Wesen des modernen, d.h. bürgerlichen Staates aus. „Er gilt als die alleinige Quelle des Rechts auf Gewaltsamkeit.“ Und: Das „zum Selbstzweck gesteigerte Mittel“ definiere den Staat, das ihm „spezifisch und für sein Wesen unentbehrlich ist, nämlich die Gewaltsamkeit“. Da mit dem



walttätigen, auch terroristischen Aktionen gerechtfertigt, und man identifiziert sich mit den Tätern.“ Wie tags drauf in reißerischen Artikeln des Hamburger Abendblattes (Schlagzeile S. 1: „Hamburg: Sprecherin der Linkspartei unter Verdacht“) zu lesen war, erklärt Vahldieck die Zeitschrift zur „Gefahr für unsere Demokratie“. In einem Beitrag des NDR (24.10.) wird zudem auch wieder Yavuz Fersoglu ins Visier genom-

Der Angriff zielt wieder ab auf Distanzierung: auf die Distanzierung der direkt Angesprochenen vom „Linksextremismus“, auf Distanzierung innerhalb der Linkspartei von den zu Symbolfiguren des „Linksextremismus“ stilisierten Vorstandsmitgliedern.

Ein Blick in den Verfassungsschutzbericht Hamburg 2004 belehrt, dass unter „Linksextremismus“ ein Großteil der Hamburger Linken jenseits der GAL

Hamburger Linkspartei.PDS zu den Angriffen

Zu den Angriffen des Hamburger Verfassungsschutzpräsidenten, Heino Vahldieck, gegen die Linkspartei.PDS-Landessprecherin Christiane Schneider erklärt der Landesarbeitsausschuss der Linkspartei.PDS:

Offensichtlich können einige Kreise nicht mit der Vorstellung leben, dass eine stärker werdende Linke in die Parlamente einzieht, um dem neoliberalen Machtkartell auf die Finger zu schauen. Gestern war es die feige Stimmverweigerung gegen Lothar Bisky, vorgestern war es der Versuch, die KandidatInnen-Aufstellung der Linken in Hamburg durch Diffamierung des Landessprechers der Linkspartei.PDS zu beeinflussen, heute ist es der diffamierende Angriff auf die Linkspartei.PDS-Landessprecherin wegen der in ihrem Verlag erscheinenden Literatur. Über die Linkspartei.PDS hinaus wird Christiane Schneider in dieser Stadt geschätzt, auch als mutige Streiterin für politische Grundrechte, für die sozialen Rechte und das Recht auf Frieden für alle.

Der frühere CDU-Politiker Vahldieck missbraucht sein öffentliches Amt für parteipolitische Zwecke und versucht, die Informationsfreiheit der Bürger einzuschränken, indem er verlegerische Tätigkeit diffamiert. Kein Wunder, dass damit in Übereinstimmung das „Hamburger Abendblatt“ in einem Kommentar die Katze aus dem Sack lässt: Die Linkspartei.PDS sei aus dem Parlament „dort zu verbannen“, weil es eine Provokation sei, mit ihr „die Parlamentsbänke teilen (zu) müssen“.

Über den Angriff auf innerparteiliche Meinungsbildung und auf die Linkspartei.PDS hinaus aber werden die in Art. 5 des GG verbürgte Meinungsäußerungsfreiheit, die Pressefreiheit und die verlegerische Tätigkeit angegriffen. Ein in der Medienstadt Hamburg besonders fatales Signal.

Das ist ein erneuter Beweis dafür, dass die Forderung nach Auflösung des Verfassungsschutzes richtig ist, weil er sich in demokratische Willensbildungsprozesse einmischt und durch Beschneidung der Meinungsfreiheit

eine der Grundlagen der Demokratie zerstört.

Bürgermeister von Beust wird aufgefordert, den Verfassungsschutzpräsidenten in seine Schranken zu weisen und den Amtsmissbrauch zu beenden. Die Bürgerschaftsabgeordneten werden aufgefordert, für alle Bürger die Grundrechte zu sichern, auch für Christiane Schneider. Die Öffentlichkeit ist aufgefordert, sich nicht abhalten zu lassen, soziale Gerechtigkeit zu wählen und weiterhin die Linke zu unterstützen nach dem Motto: „Auch wenn die Schakale heulen, die Karawane zieht weiter“.

Der Landesarbeitsausschuss unterstützt Christiane Schneider darin, gegen H. Vahldieck rechtliche Schritte einzuleiten.

Für eine radikale linke Öffentlichkeit ohne VS-Zensur

Dass die Aussagen von Hamburgs Verfassungsschutzchef Heino Vahldieck über die vermeintliche Gefährdung der Demokratie durch Christiane Schneider jetzt plötzlich gefragt sind, ist wohl dem üblichen Geschäft bürgerlicher Medien geschuldet: Die Redaktion von ML - Mona Lisa beim ZDF hat vermutlich nach etwas neuem Skandalisierbarem bei der Linkspartei.PDS gesucht, nachdem der Stasi-Vorwurf kaum noch einen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlockt.

Das Hamburger Abendblatt ist hier am 24. Oktober eifrig aufgesprungen - mit dem Aufmacher „Hamburg: Sprecherin der Linkspartei unter Verdacht“. Wer Christiane Schneider kennt, weiß, wie hergeholt die Vorwürfe sind, sei sie eine Propagandistin der RAF oder anderer bewaffneter linker Gruppierungen wie der „Action Direkte“.

Aus langjähriger Zusammenarbeit im Rahmen der „Hamburger Lokalberichte“ weiß ich den von ihr vertretenen offenen Diskussionsansatz des BWK, Bundes Westdeutscher Kommunisten, zu schätzen: Oft lagen wir mit Meinungen auseinander in politischen Kontroversen in der Linken. Christiane Schneider hat auch gegen Kritik immer die Offenheit für andere Meinungen in den von ihr betreuten Publika-

tionen hochgehalten.

Gerade beim Gefangenen Info bedeutet dies, den politischen Gefangenen und ihren Angehörigen mit den Möglichkeiten einer linken Verlegerin aus der Isolation zu helfen. Es bedeutet keineswegs, alle veröffentlichten Aussagen zu teilen.

Das Hamburger Abendblatt versucht nun, mit dem Terrorvorwurf kommunistische Positionen zu diskreditieren. Hanna Kastendieck schrieb dort am 25.10: „In der Tat sprechen einige Artikel in ‚Gefangenen Info‘ eine deutliche Sprache. So wurde in der Juli-Ausgabe ein Brief von Régis Schleicher abgedruckt. Schleicher ist einer der Anführer und Mitbegründer der ‚Action directe‘, der 1979 gegründeten französischen Terrorgruppe, die unter anderem den französischen General René Audran und den Renault-Chef Georges Besse ermordeten und auch mit der RAF koordinierte Aktionen ausführte. In dem Artikel heißt es: ‚Klar gesagt, denke ich, dass eine andere Welt möglich ist, und ich bereue keinen Augenblick, gekämpft zu haben, noch schwöre ich dem kommunistischen Ideal ab.‘“

Genau gelesen, ist dieser letzte Satz keine Rechtfertigung der beiden zuvor genannten tödlichen Anschläge, die sicher nicht alle gutheißen, die sich in kommunistischen Gruppen organisieren.

Ob die Linkspartei.PDS ein geeigneter Ort ist, um für den Kommunismus zu streiten, ist sicher ebenso hinterfragbar wie die Anschläge bewaffneter linker Gruppen in Westeuropa. Aber jetzt steht an erster Stelle, sich dagegen zu verwahren, wie hier eine linke Verlegerin mit unbeweisbaren Behauptungen in eine kriminelle Ecke gestellt werden soll. Christiane Schneider ist für die linke Debatte eine wichtige Persönlichkeit, der Angriff auf sie ist ein Angriff auf die linken Strukturen in Hamburg. Eine angemessene Antwort der Linkspartei wäre es, die Aufdeckung zu fordern, wer als PolitikerIn für den deutschen Verfassungsschutz arbeitet und solche Kampagnen gegen radikale Linke unterstützt.

Gaston Kirsche von der kommunistischen gruppe bricolage

staatlichen Gewaltmonopol untrennbar verbunden ist, dass Gewalt als Mittel zur Austragung gesellschaftlicher Konflikte als „unentbehrlich“ – so Weber – in Anspruch genommen wird, ist der Schritt von der Ausübung eben dieses Monopols zum Staatsextremismus klein. Die Grenze wird im Rahmen der Amtstätigkeit schnell und oft überschritten, man denke, um aus einer gewaltigen Fülle ein einziges Beispiel herauszugreifen, nur an das von Schily ver-

fügte, absolut willkürliche und durch das Bundesverwaltungsgericht inzwischen aufgehobene Verbot der kurdischen Tageszeitung Özgür Politika. Dass die strukturelle Gefahr des Entgleitens in Staatsextremismus allgemein kaum bestritten ist, findet seinen Niederschlag in der Idee der unveräußerlichen Grundrechte – wie etwa der Meinungs- und Pressefreiheit –, die die Person vor der staatlicher Willkür schützen.

Tendenziell entgrenzte Regelverletzung

In diesem ständigen Konflikt zwischen Zivilisierung und Zügelung des staatlichen Gewaltmonopols auf der einen und Staatsextremismus auf der anderen Seite ist Heino Vahldieck, der Präsident des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, zu einer düsteren und zwielichtigen Figur geworden. Er stellt Behauptungen wider besseres Wissen auf, täuscht die Öffentlichkeit, spannt

Das **Angehörigen Info** entstand im Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF im Frühjahr 1989, damals noch als „Hungerstreik Info“. Es wurde von der Gruppe der Angehörigen und FreundInnen der Gefangenen herausgegeben und im GNN-Verlag verlegt. Es überstand u.a. die rund 30 Verfahren, mit denen die Bundesanwaltschaft Zeitung und Verlag mundtot zu machen versuchte; dank klarer Redaktionsgrundsätze und offensiver und die Redaktionsgrundsätze offen legender Verteidigung der Pressefreiheit wurde in nahezu allen Fällen Einstellung oder Freispruch der Verfahren erkämpft. Anfangs erschien es wöchentlich in einer Auflage von vielen 1000 Exemplaren, dann vierzehntäglich, heute vierwöchentlich bei einer Auflage von nun unter 500. Das hängt auch damit zusammen, dass sich die Aufgabenstellung in mancher Hinsicht geändert hat, und wohl auch damit, dass viele Menschen glauben, dass die ehemaligen Akteure der RAF längst entlassen sind. Das trifft für viele zu, aber nicht für alle. Nach wie vor sind inhaftiert: Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Eva Haule und Birgit Hogefeld.

Seit der Ausgabe 294 - inzwischen ist die 304. Ausgabe erschienen - hat die Zeitung einen neuen Namen: Gefangenen Info. Die Gruppe der Angehörigen, von denen etliche verstorben, andere längst alt geworden sind, hat die Herausgabe beendet. Redaktion und Verlag hatten damals begründet, warum sie die Zeitung dennoch weiter fortführen wollen.

Hier der Text:

„Wir wollen das Info fortsetzen, und zwar unter dem Namen **‚Gefangenen-Info‘**.“

Auch diese Ausgabe macht wieder deutlich,

- dass weltweit zahllose politische

Gefangene einsitzen, viele seit Jahrzehnten;

- dass widerständige politische Bewegungen mit Repression konfrontiert sind, deren harter Kern das Gefängnis ist;

- dass insbesondere die EU auf die großen Wanderungsbewegungen, die die Globalisierung hervorruft, mit dem Ausbau der Festung antwortet – der Ausbau eines gefängnisähnlichen Lagersystems prägt die Lebensbedingungen der Flüchtlinge;

- dass die Politik der sozialen Polarisierung und der Abbau von Bürgerrechten sich auf das Gefängnisssystem und die ihm unterworfenen Menschen besonders brutal auswirkt.

Kennzeichen des Gefängnisystems ist es, jede Verbindung zwischen ‚drinnen‘ und ‚draußen‘ zu zerreißen. Die Mauern aus Stein und die durch Schweigen, Verdunklung und Informationssperre errichteten Mauern sollen die Gefangenen und die Verhältnisse im Gefängnis dem Blick der Öffentlichkeit entziehen.

Wir wollen auch weiter dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit Kenntnis nimmt und nicht vergisst, was in ihrem Namen geschieht.

Und vor allem: dass Gefangene die Möglichkeit haben, sich zu artikulieren und sich an die Öffentlichkeit zu wenden.

Die, die im Gefängnis sitzen, sollen nicht vergessen sein. Das soll in dem neuen Namen zum Ausdruck kommen.

Die Unterstützung der politischen Gefangenen und des Kampfes für ihre Freiheit wird weiter im Mittelpunkt stehen. Es versteht sich von selbst, dass uns die Freilassung der letzten Gefangenen aus der RAF ein besonderes Anliegen ist.

Redaktion und Verlag des bisherigen Angehörigen Infos und zukünftigen Gefangenen Infos.“

„Kein Friede mit Tschechien. Die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft“ heißt das neue Buch von Erich Später, und ebenso lautete auch der Titel einer Veranstaltungsreihe in mehreren bayerischen Orten – Regensburg, Freising, Geretsried, München –, bei der der Autor sein Buch vorstellte.

In München lud der AStA der Geschwister-Scholl-Universität (offiziell leider immer noch Ludwig-Maximilians-Universität), unterstützt vom Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern, am 20. Oktober zu der Lesung ein.

Hans-Peter Reischl, Antifa-Referent des AStA, begrüßte die rund 40 Zuhörer. Er begründete die Durchführung der Veranstaltung damit, dass der AStA es seit langem zu seinen Aufgaben zählt, durch Aufklärung über die Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen und über die unheilvollen Traditionen der Sudetendeutschen Landsmannschaft Geschichtsrevisionismus und Revanchismus entgegen zu treten.

Erich Später folgte bei seiner Lesung dem Aufbau seines Buches, das sich im ersten Teil mit der Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen während der 1. Tschechoslowakischen Republik (1918–1938) und der deutschen Besatzung (1938/39–1945) und im zweiten Teil mit der Geschichte der Sudetendeutschen Landsmannschaft, insbesondere in ihrer Konstituierungsphase bis 1954, und den Nachkriegskarrieren sudetendeutscher Volkstumskämpfer befasst.

Ausgehend vom Jahr 1938, dem Jahr des Anschlusses Österreichs, des völkischen Deutschen Turn- und Sportfestes in Breslau, des Münchner Diktats und der Besetzung eines Drittels des tschechoslowakischen Territoriums durch deutsche Truppen, charakterisierte er die erste Tschechoslowakische Republik als demokratische Republik und Zuflucht für Tausende deutscher Emigranten. Die solidarische Unterstützung der Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich durch die tschechoslowakischen Antifaschisten aus dem bürgerlich-demokratischen und dem linken Lager und ihren gemeinsamen Kampf benannte Später als den positiven Höhepunkt der Beziehungen zwischen den Menschen beider Länder. „Man hätte allen Grund gehabt, diese Republik zu verteidigen.“ Dies sei jedoch noch von keiner bundesdeutschen Nachkriegsregierung anerkannt worden.

Das Jahr 1938 nahm Später auch als Stichjahr, um einige konkrete Zahlen zu nennen. So sei die Zahl der Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl, in den tschechoslowakischen Grenzgebieten, die nach dem Münchner Diktat besetzt und als „Sudetengau“ dem

mächtige Medien ein und greift die Pressefreiheit einer kleinen Zeitung an, die mit – äußerst begrenzten – Mitteln gerade die Kontrolle des staatlichen Gewaltmonopols und die Zügelung staatlicher Gewalt zu einem ihrer wesentlichen Zweck hat. Der Geheimdienstmann operiert strategisch und greift in die Prozesse der Willensbildung der Linkspartei und durch Diffamierung der Linkspartei auch in die Meinungs- und Willensbildung der Bevölkerung ein. Die Regelverletzungen, die er begeht, sind nicht begrenzt, sondern in der Tendenz entgrenzt.

Christiane Schneider

PS. Als Geschäftsführerin des GNN-Verlages habe ich rechtliche Schritte gegen das Landesamt für Verfassungsschutz eingeleitet, um die Wiederholung

der wahrheitswidrigen Behauptungen über das Gefangenen Info zu verhindern und den Angriff auf die Pressefreiheit abzuwehren.

1 Quelle der Zitate: Internetseite der Sendung vom 23.10.

2 Ganz anders auf der äußersten Rechten, die von Vorstellungen ausgeht, das „politische System“ sei dem „deutschen Volk“ wie eine Besatzungsmacht dunkler Mächte aufgepropft, und sich von „nationalen Widerstands“-Strategien leiten lässt.

3 Auch frühere Revolutionsstrategien sind durch grundlegende Elemente wie Solidarität und grundlegende Zielvorstellungen wie „sozialistische Weltrepublik“ von faschistischen Zertrümmerungsstrategien grundlegend verschieden.

4 Zitiert nach Fritz Sack, in: Staatliches Gewaltmonopol, bürgerliche Sicherheit, lebenslange und zeitige Freiheitsstrafe, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Dokumentation einer öffentlichen Anhörung 4.-6.3.1994

„Die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft“

Lesung mit Erich Später an der Geschwister-Scholl-Universität

Reich eingegliedert wurden, weit höher gewesen als in anderen Regionen. Eine Legende sei die immer wieder zu hörende Behauptung, dass die Mitglieder der Sudetendeutschen Partei (SdP) automatisch und ohne gefragt worden zu sein in die NSDAP übernommen worden seien. „Man musste sich selbst bewerben. Und die Aufnahme in die Hitler-Partei wurde als Auszeichnung betrachtet.“ Während die bisherigen Mitglieder der SdP in die NSDAP drängten, flohen Antifaschisten, Juden und wer sonst von den Nazis nur Schlimmes zu erwarten hatte in die noch nicht besetzten Gebiete. Im Frühjahr 1938 habe

es, so Später, in den Grenzgebieten 28 000 Einwohner jüdischen Glaubens gegeben, im Oktober 1938 gerade noch 2 400. Das Vermögen der Geflohenen sei unmittelbar anschließend unter Beteiligung reichsdeutscher Institutionen wie z.B. Deutsche Bank oder Commerzbank ebenso wie „sudetendeutscher“ Nachbarn „arisiert“ worden. Informationen, die die in Kreisen der SL gängige Behauptung, der „Anschluss“ des „Sudetenlandes“ sei nicht mit einer Vertreibung von Teilen der Bevölkerung verbunden gewesen, Lügen strafen – insbesondere, wenn man weiß, dass diejenigen, die nicht rechtzeitig flohen,

zum größten Teil in deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet wurden.

Vom Jahr 1938 machte Später einen Sprung in das Jahr 1942. Der 27. Mai 1942 sei für ihn „eins der wichtigsten Daten der deutsch-tschechischen Beziehungen im 20. Jahrhundert“. An diesem Tage wurde Reinhard Heydrich, Chef der Gestapo und des NS-Sicherheitsdienstes, Organisator des Holocaust und Reichsprotektor im „Protektorat Böhmen und Mähren“, durch ein Attentat tschechischer Widerstandskämpfer schwer verwundet. Die Wunden infizierten sich, Heydrich starb am 4. Juni 1942. Die Antwort der Nazis bestand in einer Orgie aus Gewalt und Terror, mit der sie das besetzte Land überzogen. Die Orte Lidice und Ležáky wurden dem Erdboden gleich gemacht. Ihre Namen symbolisieren bis heute die sog. „Heydrichiade“, den „absoluten Tiefpunkt der deutsch-tschechischen Beziehungen“.

Als „Aktion Reinhard“ bezeichneten die Nazis selbst die Ausrottungsaktion, der in den Jahren 1942/43 zwei Millionen jüdische Menschen in Polen zum Opfer fielen.

In den Kapiteln seines Buches, aus denen er vorlas, beschreibt Später sehr klar den – von der SL ausdrücklich geleugneten – Zusammenhang zwischen den Ausrottungs-, Vernichtungs- und „Umvolkungs“plänen der Nazis in den besetzten Ländern, den Folgen dieser Pläne (mit deren Umsetzung in der Tschechoslowakei begonnen wurde, deren Verwirklichung aber erst nach dem „Endsieg“ wirklich vorangetrieben werden sollte) und dem Wachsen der Überzeugung, dass man mit den Deutschen nicht mehr zusammenleben kann.

Im zweiten Teil seiner Lesung behandelte Später dann die Geschichte der Reorganisation der sudetendeutschen Volkstumskämpfer ab 1945 in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und deren „nationaler Gesinnungsgemeinschaft“, dem „Witikobund“. Interessantes berichtete er über die Situation der Umgesiedelten in Bayern. Während die Schirmherren in der bayerischen Staatskanzlei heute nicht müde werden, den großartigen Beitrag der „Vertriebenen“ zum Wiederaufbau nach dem Krieg und zur Modernisierung Bayerns zu preisen, erinnerte Später daran, dass die Umsiedler in Bayern zunächst nicht gerade mit offenen Armen aufgenommen wurden. Besonders die Gewerbe-

Rezension

Erich Später: Kein Frieden mit Tschechien. Die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft, konkret texte 38, Hamburg 2005, 168 Seiten.

In der politischen Auseinandersetzung mit den Vertriebenenverbänden werden deren Kritiker/innen oft mit der Behauptung konfrontiert, die Verstrickung von späteren Vertriebenenfunktionär(inn)en in Verbrechen des Nationalsozialismus zu stark zu betonen und der Beteiligung der deutschen Minderheiten in Osteuropa bei der Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden eine zu große Bedeutung beizumessen. Da – trotz aller wissenschaftlicher und publizistischer Arbeiten – eine systematische und alle Landsmannschaften umfassende Analyse der tatsächlichen Beteiligung von Angehörigen dieser Verbände an NS-Verbrechen noch immer aussteht (und einige jüngere Forschungsarbeiten hingegen sogar absurderweise um eine Bagatellisierung des völkischen Denkens der Vertriebenenverbände bemüht sind), lesen sich die politischen Essays von Erich Später in dem Band „Kein Frieden mit Tschechien. Die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft“ in vielerlei Hinsicht erhellend – und zugleich erschreckend, denn das Ausmaß der aktiven Beteiligung von späteren Vertriebenenaktivist(inn)en an der NS-Politik im Reichsgau Sudetenland dürfte auch Kenner(inne)n der Materie nicht in der von Später eindrucksvoll herausgearbeiteten Drastik bewusst gewesen sein.

Später kann mit Fug und Recht feststellen, dass die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) die „einflussreichste Sammlungsbewegung der überlebenden Nazi-, Funktions- und Vernichtungselite des Reichsgaus Sudetenland“ war, weil er zahlreiche Biografien akribisch bis ins Detail verfolgt hat, wobei im Mittelpunkt die NS-Tätigkeiten der Angehörigen der Ersten SL-Bundesversammlung stehen. Erfreulicherweise bettet Später diese – absolut überfällige – Analyse in eine Darstellung der Geschichte der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei, ihrer Aktivitäten gegen die tschechoslowakische Demokratie, ihrer Rolle während des Nationalsozialismus und eine Organisationsgeschichte der SL ein, so dass auch der gesellschaftliche und historische Kontext der individuell attestiert- und belegbaren, allerdings weitgehend kollektiv vollzogenen Barbarei deutlich wird. Dabei zeigt sich auch, dass der Nationalsozialismus nicht lediglich die Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung war, sondern dass es sich bei der Aussiedlung von Angehörigen der deutschen Minderheiten aus Osteuropa wie auch bei der Entstehung der Vertriebenenverbände umgekehrt vielmehr um die Nachgeschichte der völkischen und antisemitischen NS-Volkstums- und Vernichtungspolitik handelte.

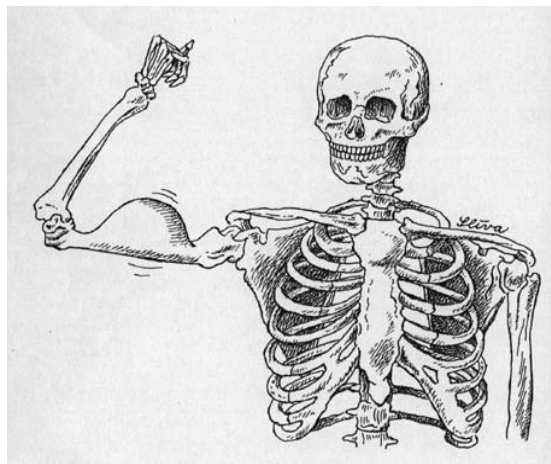
Zu bedauern an der Veröffentlichung ist lediglich, dass aufgrund der essayistischen Form der Darstellung weitgehend auf eine detaillierte Belegführung verzichtet und stattdessen mit allgemeinen Quellenhinweisen operiert wird.

Samuel Salzborn

treibenden und die Landbesitzer, die vom Krieg am wenigsten betroffen gewesen seien, hätten wenig für die „Zugereisten“ übriggehabt. So habe z.B. der bayerische Bauernverband eine Landreform zugunsten der Umsiedler verweigert und die Gewerbefreiheit für alle habe von den Alliierten erst erzwungen werden müssen.

Die Ansiedlung sudetendeutscher Umsiedler in geschlossenen Ortschaften wie z.B. Waldkraiburg, Geretsried oder Neugablonz sei dagegen, so berichtete Später, auf eine Forderung von Walter Becher zurückzuführen. Der (kürzlich verstorbene und in der sudetendeutschen Presse mit glorifizierenden Nachrufen bedachte) ehemalige Redakteur des NS-Organs „Die Zeit“ im „Sudetengau“ und nachmalige langjährige SL-Sprecher habe 1950 zusammen mit anderen sudetendeutschen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern den Witikobund gegründet, der bis heute in der SL eine große Rolle spielt.

Gab es damals oder irgendwann danach eine Auseinandersetzung über die eigene Rolle in der Geschichte, eine Selbstbefragung, ein Bedauern über den eigenen Beitrag zu den schrecklichen Geschehnissen, die schließlich zur „Vertreibung“ führten? Später beantwortet diese Frage mit einem eindeutigen: „Nein, nichts davon.“ Stattdessen immer nur die Selbstdarstellung als Opfer. Und Forderungen: nach Rückkehr der Volksgruppe (das Niederlassungsrecht als normale Staatsbürger der Tschechischen Republik reicht ihnen nicht!); nach Entschädigung in mehrstelliger Milliardenhöhe; nach direkten Verhandlungen zwischen der tschechischen Regierung und der SL-Führung, die sich als Exilregierung der „sudetendeutschen Volksgruppe“ versteht und von der Bundesregierung geschlossene Verträge nicht anerkennt.



Auf den Titel seines Buches zurückkommend, schloss Später mit der Feststellung, dass Friede zwischen Tschechen und Deutschen auf der Ebene der normalen Bevölkerung sehr wohl möglich sei und auch längst praktiziert wer-



de. Die große Mehrheit der ehemaligen Bewohner der tschechischen Grenzgebiete teile nämlich die Forderungen der SL nicht. Die Aufrechterhaltung dieser Forderungen durch die Landsmannschaft und die Tatsache, dass dieser Verein massive staatliche Unterstützung genießt, werde der Friede aber immer wieder in Frage gestellt.

Die Veranstaltung schloss mit einer intensiven Diskussion, in der es u.a. um das absurde Selbstverständnis der SL-Führung als völkerrechtliches Subjekt, um die Rolle des Sudetendeutschen Kontaktbüros („Botschaft“) in Prag, um den ökonomischen Einfluss deutscher Konzerne in der Tschechischen Republik und um die Frage ging, ob es denn der richtige Schluss aus dem Ganzen sei, sich um gute zwischenstaatliche Beziehungen Sorgen zu machen.

Aufschlussreich Späters Antwort auf die letzte Frage nach der Resonanz auf sein Buch: Während eine tschechische Ausgabe bereits geplant sei, tendiere die Resonanz hier zu Lande „fast gegen Null“.

Ein Blick ins Internet zeigt, dass wenigstens die Ästen etlicher Universitäten Erich Später in dem halben Jahr seit Erscheinen seines Buches zu Lesungen eingeladen haben.

Renate Hennecke

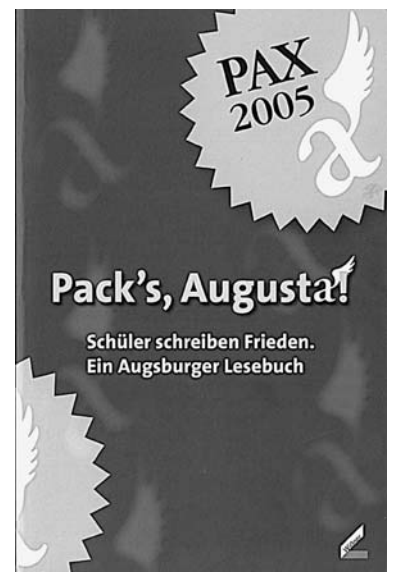
Ein Schulbuch von Schülern zum Frieden

In diesem Jahr begeht die Stadt Augsburg das Jubiläum „450 Jahre Augsburger Religionsfrieden“ (Pax Augustana). Es wird damit daran erinnert, dass 1555 in einem politischen Vertrag das protestantische Bekenntnis als gleichberechtigt anerkannt wurde, was man als Beginn weltanschaulicher Neutralität des Staates und gegenseitiger Toleranz von Religionen sehen kann.

In zahlreichen teils von Stadt und Freistaat, teils von den Kirchen, teils auch von Privatinitiativen getragenen Veranstaltungen wurden vielfältige Aspekte des Themas gewürdigt. Ein origineller und nachhaltig wirksamer Beitrag kam vom Schulreferat. Es rief die Schüler aller Schularten zu einem Schreibwettbewerb zum Thema Frieden auf, ohne Preisträger, aber mit Jury – die besten Beiträge sollten in einem Buch veröffentlicht werden. Durch Sponsoren wurde es möglich, dass jeder Augsburger Schüler dieses Jahres ein Exemplar des Buches erhält.

Das Buch erschien im Oktober und wurde in einer Festveranstaltung von den Schülern selbst vorgestellt. Von mehr als 600 eingegangenen Texten konnten über 200 veröffentlicht werden.

Das Buch ergibt einen lesenswerten Querschnitt durch Schulstufen und Schularten, auch wenn erkennbar ist, dass die Teilnahme stark vom Engagement der jeweiligen Lehrkräfte abhing. Wir dokumentieren einige Texte. – (mif)



„Pack's Augusta! Schüler schreiben Frieden. Ein Augsburger Lesebuch“, erschienen im Wißner-Verlag, ISBN 3-89639-473-8, 256 Seiten, 5 Euro.



Tauben for Peace

Alle sind für den Frieden. Timo ist für den Frieden. Benny ist für den Frieden. Tina ist für den Frieden. Wer, bitte, ist eigentlich für den Krieg? Einer muss doch dafür sein. Sonst gäbe es ja keinen Krieg. Egal, damit haben wir nichts zu tun. Timo ist eine Taube. Benny ist eine Taube. Tina ist ein Täubchen. Wir alle sind Tauben. Denn wir sind für den Frieden.

Der Onkel hasst Tauben. Wer zum Teufel kam auf die Idee Tauben zu Friedensvögeln zu machen? Tauben machen nur Ärger. Vermehren sich wie die Karnickel, versauen Parkbänke. Fallen über Popcornrütten her. Es gibt viel zu viele Tauben auf der Welt. „Geh’n wir in’ Park, Tauben vergiften!“ – Onkels Lieblingslied. Timo ist eine Taube. Benny ist eine Taube. Tina ist ein Täubchen. Wir sind alle Tauben. Hoffentlich fallen wir dem Onkel nicht in die Hände.

In Amerika soll es auch Tauben geben – Tauben und Falken. Tauben sind Störvögel. Lassen einen nicht in Frieden. Peaceeln überall hin. Falken sind Saubervögel. Räumen auf. Krallen sich die Bösen. Machen sie platt. Die Tauben scheißen dem Präsidenten in sein Konzept. Unser Kanzler probierte mal auf Taube. Kam gut an. Die Vorsitzende Angie probierte mal auf Falke. Kam weniger gut an. Na ja, vielleicht ist sie ja auch eine Taube, wenn sie erst einmal fliegen darf.

Wie man weiß, war Picasso eigentlich eine Taube, denn er malte die Friedens-Taube und das berühmte Antikriegsbild „Guernica“. Allerdings hatte er zu dieser Zeit etwa drei Frauen. Als der Meister gerade malte, stellten ihn die Täubchen zur Rede: „Entscheide dich für eine von uns!“ Sinngemäß soll der Erfinder der Friedenstaube geantwortet haben: „Kloppt euch drum!“ Supertaube!

Marion Kwiatkowski, Isabel Meuser,
Gymnasium Maria Stern, Klasse 10b

Stille

Keiner spricht
Man sieht Blätter rascheln draußen
Alles im Widerspruch!
Keiner hört
Man nimmt stumme Geräusche wahr
Die Stille in uns
Voller Widerspruch!

Olga Kramer,
Maria-Theresia-Gymnasium,
Klasse 9b, Schreibwerkstatt

Elfchen

(Elfchen = Gedicht aus 11 Worten)

Frieden
nicht schlagen
den Frieden halten
eine Freundschaft gut bewahren
schön
Lukas Hrazdil, Klasse 3b

Frieden
zusammen spielen
einen Radiergummi leihen
jemandem bei Hausaufgaben helfen
schön
Ahmet Dogan, Klasse 3b,
beide Luitpold-Volksschule

So sind wir

Viele Menschen meinen, den Frieden wiederherstellen zu können.
Sie können es nicht.
Viele meinen, sie können einen Krieg beenden. Sie scheitern dabei.
Viele meinen, dass sie nie wieder Streit anfangen wollen. Sie fangen trotzdem an.
Viele meinen, es sei schrecklich, andere Menschen zu verabscheuen.
Sie verabscheuen sie selbst.
Viele finden solche Menschen schrecklich.
Sie sind es selbst.

Elvira Abad Marquez
Maria-Ward-Realschule, Klasse 7b

ABC des Friedens

Anfangen
Barmherzigkeit
Charakter
Dankbarkeit
Entschuldigung
Freundschaft
Glaube
Helfen
Innigkeit
Jesus
Kuss
Liebe
Miteinander
Nachgeben
Offenheit
Partner
Quelle
Regenbogen
Schlichten
Teilen
Umarmen
Versöhnen
Wahrheit
XXL-Herz
You
Zukunft

Gemeinschaftsarbeit
Realschule St. Ursula, 5a

Ein Mensch träumt

Ein Mensch träumt:
Dass alle Menschen sich verstehen
und zusammen den Rasen mähen.

Ein Mensch träumt:
Dass jeder seinen Nächsten liebt
und niemals die Schuld auf einen
anderen schiebt.

Ein Mensch träumt:
Dass man seinen Freunden traut
und niemanden misstrauisch
anschaut.

Und genau genommen
kann der Frieden bald kommen.
Allerdings nur dann, wenn wir ihm
helfen,
denn erledigen können es keine Elfen.

Yasemin Öz,
Maria-Theresia-Gymnasium,
Klasse 6c

Frieden



Merve Altinas
Maria-Theresia-Gymnasium,
Klasse 6d

Augsburg 2005. Eine Momentaufnahme

Ich höre Radio. Es ist 7:00.
Der Radiosprecher berichtet vom Tod des Papstes.
Er war gegen den Irak-KRIEG,
das Land in dem jeden Tag Bomben hochgehen.
Prinz Charles und Camilla heiraten
jetzt einen Tag später.
In Spanien sind zwei Autobomben gezündet worden.
In Israel hat ein Selbstmordattentäter
mehrere Menschen mit in den Tod gerissen.

Julia Hörmann
Gymnasium bei St. Stephan,
Klasse 5d

21. Oktober bis 13. November, Rundreise irakischer Gewerkschafter. Im Herbst d. J. werden zwei AktivistInnen der GUOE aus Basra – Frau Boshrah A. Abbood und Herr Taha A. Ibrahim Breshdi – nach Deutschland kommen. Folgende Termine stehen bereits fest: • Fr. 4.11. Heidelberg • Mo. 07.11. Freiburg • Di. 8.11. Tübingen • Mi. 9.11. Stuttgart • Do. 10.11. Augsburg • Fr. 11.11. München • Sa. 12.11. Berlin. Veranstalter und Unterstützer: attac-Gruppen, Deutscher Friedensrat usw. Näheres: www.labournet.de/international/iq/iraktour05.html

4./5. November, Berlin. *Musikland Deutschland - Wie viel kulturellen Dialog wollen wir?* Veranstalter: Der Deutsche Musikrat. Deutschland ist ein Standort kultureller Vielfalt. Im Zusammenhang mit der Zuwanderung ausländischer Mitbürger und deren Integration spielt die Frage nach dem Eigenen und dem Anderen in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion eine immer wichtiger werdende Rolle.

11.-13. November, Berlin. *Kapitalismus reloaded. Imperialismus - Empire - Hegemonie.* Die internationale Konferenz Kapitalismus reloaded fragt nach der neuen Struktur des globalen Kapitalismus, nach Politik und Macht, Produktion und Kämpfen. Sie wird die linken Debatten um Konzepte wie Imperialismus, Empire, Hegemonie und Neoliberalismus miteinander ins Gespräch bringen und anhand dessen Kampflinien und Möglichkeiten des Eingreifens deutlich machen. Veranstalter: ak analyse & kritik, Arranca - Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung, Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung e.V., BuKo Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Das Argument, Fantomas, FeS, Helle Panke, Kritik & Praxis Berlin, Linksruck, PROKLA, Rosa Luxemburg Stiftung, Sand im Getriebe (attac), Sozialismus, Sozialistische Zeitung Soz, WISSENtransfer. www.kapitalismus-reloaded.de

14.-17. November. Karlsruhe. *SPD-Bundesparteitag* (Vorstandswahlen)

19./20. November. Frankfurt/Main. *Jenseits der Wahl – Die nächsten Schritte sozialer Bewegung.* Strategie- und Aktionskonferenz des Sozialforum in Deutschland. Einladener aus

attac, ver.di- und IG Metall-Linke usw. Ort: Universität Frankfurt, Campus Bockenheim. Näheres unter: www.ver-sammlung-sozialer-bewegungen.de

19./20. November. Nürnberg. *60 Jahre Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess*, Gerichtssaal 600, Bärenschanzstr. 72, Veranstalter: Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. www.menschenrechte.nuernberg.de

25.-27. November, Nürnberg. *Gewerkschaftspolitische Workshop: Gewerkschaften in der „globalisierungsfalle“ – Widerstandszentrum oder Auslaufmodell?* mit Fr. 19 Uhr Horst Schmitthenner: „Strategien gewerkschaftlichen Handelns – Wege aus der Defensive“. Sa. 9:30 Uhr Conrad Schuhler (ISW): „Globalisierung bedeutet vor allem, dass die Unternehmen sich von den Interessen der Belegschaften abkoppeln“. Sa. 14 Uhr: Diskussion mit Wolfgang Ziller und Johann Rösch „Globalisierung und Arbeitsplatzvernichtung vor Ort. (z.B. Karstadt/Quelle, FAG Kugel-fischer Schweinfurt, AEG, Siemens). Was kann Widerstand vor Ort erreichen?“. So. 10 Uhr Wird ein „linker Brei“ gerührt – oder wächst jetzt zusammen, was zusammen gehört? Diskussion mit Thomas Händel (Mitgründer der WASG) und Harald Werner (bis dato gewerkschaftspolitische Sprecher der PDS).

10./11. Dezember. Dresden. *3. Tagung des 9. Parteitags der Linkspartei.PDS.* „Die Bundesrepublik nach der Wahl und die Herausforderungen für die politische Linke“, Statutänderung Doppelmitgliedschaft, Kommunalpolitische Leitlinien.

Foren zur gesellschaftspolitischen Diskussion von Linkspartei.PDS und WASG

Der Länderrat der WASG hat am 9. Oktober beschlossen, auf Bundesebene eine Serie von überregionalen Foren durchzuführen. Träger und damit Gestalter der Foren sind bislang: die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Helle Panke – Regionalstiftungen der RLS, Wissenstransfer, Verein Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit und die Zeitschrift Sozialismus.

(1. bis 3. haben bereits stattgefunden)

4. Die Zukunft der Linken und der demokratische Sozialismus am 4./5. November in Berlin

5. Bildungsreform und Wissensgesellschaft am ? in München.

6. Rechtsextremismus, soziale Frage und Neoliberalismus am ? in Stuttgart (?)

7. In der Stagnationsfalle – Perspektiven kapitalistischer Entwicklung am 9./10. Dezember in Berlin

8. Kultur und Wissenschaft im 21. Jahrhundert am ? in ?

9. Frauenaufbruch – Geschlechterdemokratie als Herausforderung des 21. Jahrhunderts am ? in ?

10. Hundert Tage Merkel-Regierung. Erste Zwischenbilanz mit Folgerungen für die parlamentarische und außerparlamentarische Linke am 14. Januar 2006 in Köln

11. Perspektiven des europäischen Sozialmodells am 28. Januar 2006 in ?

Zum Vormerken: Jahreskonferenz Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

am 8./9. April („Palmsonntag“) 2006 in Frankfurt/Main.

Thema: Soziale Bewegungen (Mindestlohn, Arbeitszeit) in Europa und ihre Ergebnisse

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemberg	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de